

Geschäftsbericht 2015

**Bericht über das Geschäftsjahr 2015
der
Kreissparkasse Nordhausen**

Für das Vertrauen und die Verbundenheit unserer Kundinnen und Kunden bedanken wir uns herzlich. Unser Dank gilt weiterhin unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr persönliches Engagement sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrates, des Personalrates und unserer Gleichstellungsbeauftragten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nordhausen, im März 2016

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

INHALT

Die Sparkasse und ihre Filialen	4
Lagebericht	5
Bericht des Verwaltungsrates	34
Jahresabschluss	35
Anhang	38
Verwaltungsrat und Vorstand	55
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	57

Kontaktdaten

Telefon: 03631 / 428 0
Telefax: 03631 / 428 428
Internet: www.kskndh.de
Mail: info@kskndh.de

Sparkassenfilialen

Nordhausen, Stadt

Grimmelallee	Grimmelallee 10, 99734 Nordhausen
Hauptstelle	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen
Nord	Dr.-Robert-Koch-Straße 1, 99734 Nordhausen
Salza	Bochumer Straße 161, 99734 Nordhausen
S-ImmobilienCenter	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen
SV SparkassenVersicherung	Kornmarkt 9, 99734 Nordhausen

Filialen im Landkreis

Bleicherode	Kirchstraße 3, 99752 Bleicherode
Ellrich	Am Markt 7, 99755 Ellrich
Heringen	Schulstraße 7, 99765 Heringen
Ilfeld	Ilgerstraße 16, 99768 Ilfeld
Neustadt	Burgstraße 4, 99762 Neustadt
Niedersachswerfen	R.-Breitscheid-Straße 1, 99762 Niedersachswerfen
Sollstedt	Am Markt 4, 99759 Sollstedt
Wipperdorf	Straße der Einheit 132, 99752 Wipperdorf

Selbstbedienungsstellen

Atrium-Passage	Bahnhofstraße 18, 99734 Nordhausen
Herkules-Markt	An der B4, 99762 Niedersachswerfen
Marktpassage	Pferdemarkt 1, 99734 Nordhausen
Kleinfurra	Sandstraße, 99735 Kleinfurra
Nordhausen-Ost	Conrad-Fromann-Straße 50, 99734 Nordhausen
S-Shop im Marktkauf	Darrweg 67, 99734 Nordhausen
Südharz-Krankenhaus	Dr.-Robert-Koch-Straße 39, 99734 Nordhausen

Stand: 12/2015



Lagebericht

zum 31. Dezember 2015
der Kreissparkasse Nordhausen

Lagebericht

A Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

1 Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2015 wird das weltweite Wirtschaftswachstum auf Jahressicht ca. 3 % betragen. Haupttreiber waren, trotz vieler Befürchtungen, wiederholt die asiatischen Märkte, insbesondere der Anstieg des chinesischen Bruttoinlandsprodukts. In den Industrieländern stützte weiterhin die expansive Geldpolitik das im weltweiten Vergleich unterdurchschnittliche Wachstum. Auch im Euro-Raum sowie im Vereinigten Königreich erwies sich die Konjunktur als robust. Angespannt blieben dagegen die wirtschaftliche Lage der großen Rohstoffe exportierenden Volkswirtschaften; der fortgesetzte Preisverfall bei vielen Rohstoffen belastet dort die Konjunktur. Hinzu kommen wie im Fall Russland und Brasilien innen- und außenpolitische Turbulenzen.

In Europa tragen die Reformen der Krisenländer langsam Früchte. Zusätzlich brachten das globale Wachstum, die Euro-Abwertung und Energiepreiserückgänge leichten Rückenwind. Der Anstieg des realen BIP der Euroländer dürfte 1,5 % betragen, vor allem aufgrund der positiven Grundtendenzen des privaten Konsums. Die Verbraucherpreise lagen aufgrund der starken Rückgänge der Preise für Energie auf Vorjahresniveau, in einzelnen Euroländern sogar unter dem Vorjahreswert.

Die deutsche Wirtschaft wies im Berichtsjahr wiederholt ein solides Wachstum von 1,7 % auf und liegt damit nahe dem Durchschnitt der Euroländer. Das Wirtschaftswachstum fußte auf einer lebhaften Binnennachfrage, diese steuerte 1,6 %-Punkte zum BIP bei. Besonders der private Konsum expandierte kräftig; er stützte sich auf eine weiter ausgebauten Beschäftigungslage, steigende Löhne und die hohe verbleibende Kaufkraft angesichts des geringen Preisaufriffs von 0,3 %. Die Sparquote der privaten Haushalte stieg ungerührt von den niedrigen Zinsen auf 9,7 %. Der Staatskonsum erhöhte sich real sogar noch stärker als der private und zwar um 2,8 %. Hierzu gehören auch die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und für erste Integrationsmaßnahmen. Weiterhin trugen Investitionen, hier vor allem der Wohnungsbau, und Exporte zum Wachstum bei.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2015 von rund 43 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht, 0,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Die deutsche Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2015 bei 6,4 % nach 6,7 % im Jahr 2014. Das ist der niedrigste Wert seit der deutschen Wiedervereinigung. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind 2015 um 2,9 % gestiegen.

Die Wirtschaftslage in Thüringen verbesserte sich im Jahr 2015 laut Konjunkturbericht der Thüringer Industrie- und Handelskammern dank robuster Binnenwirtschaft und steigendem Konsum. Vor allem die gute Arbeitsmarktlage und höhere Löhne sorgen für Aufschwung. Dabei profitieren besonders Industrieunternehmen und Handelsbetriebe. Drei von vier Thüringer Betrieben verbuchen höhere Auftragsgänge oder können ihre Auftragsvolumina konstant halten. Erneut verbessert hat sich die Gewinnlage der Unternehmen. Das Investitionsklima in Thüringen ist so gut wie seit Anfang 2011 nicht mehr; Hauptmotive der Unternehmensinvestitionen sind Ersatzbedarfe, Produktinnovationen und Rationalisierungen. Diese Entwicklungen gelten ebenso für den Landkreis Nordhausen. Die Wirtschaft im Landkreis Nordhausen prägt ein breit gefächertes zukunftsfähiger Branchenmix. Basis für die dynamische Wirtschaftsentwicklung sind auch die hoch qualifizierten Fachkräfte, die in Unternehmen oder an der Hochschule in Nordhausen ausgebildet werden. Infrastruktur und voll erschlossene, günstig gelegene Industrie- und Gewerbeflächen bieten Interessenten gute Bedingungen für eine Investition.

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank in Thüringen im Jahresdurchschnitt um 0,4 %-Punkte auf 7,4 % und damit stärker als im bundesweiten Trend. Allerdings war auch die Zahl der Erwerbstätigen um 0,5 % zum Vorjahr rückläufig. Auslöser dieses Effektes ist der anhaltende Einwohnerrückgang. Im Landkreis Nordhausen sank die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt stärker als im Thüringentrend von 9,6 % auf 8,9 %. Auch im Landkreis Nordhausen setzte sich der Einwohnerrückgang 2015 fort. Die Zahl der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger betrug per Ende Juni 2015 84.848 Einwohner; 369 weniger als zum Vorjahresstichtag.

1.2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Die Europäische Zentralbank beließ im Jahr 2015 den Leitzins bei 0,05 %. Der Satz für die Einlagefazilität wurde im Dezember von -0,2 % auf -0,3 % gesenkt.

Neben der Senkung des Einlagenzinssatzes verlängerte die EZB das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten von monatlich 60 Mrd. Euro. Die Ankäufe sollen bis Ende März 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus und in jedem Fall so lange fortgeführt werden, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung hin zu mittelfristig unter, aber nahe 2 % erkennbar ist.

Die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen schwankten im Jahresverlauf zwischen 0,2 % und 0,9 %. Im April 2015 wiesen Bundesanleihen mit achtjähriger Restlaufzeit erstmals eine negative Rendite aus. Wiederholt lagen zum Jahresende die fünfjährigen Bundesanleihen bei ca. 0 %. Auch außerhalb des Euro-Raums gaben die Anleiherenditen angesichts der reichlichen Liquiditätsversorgung und der sinkenden Ölpreise nach. Der europäische Dreimonatssatz sank im Jahresverlauf kontinuierlich von ca. 0,08 % zu Jahresbeginn und bis ca. -0,13 % zum Jahresende.

Die Aktienmärkte entwickelten sich in diesem Umfeld sehr volatil. Der europäische Leitindex Euro Stoxx 50 notierte mit einem Anstieg von 3,8 % auf Jahressicht bei 3.268 Punkten zum Jahresende. Nachdem der deutsche Leitindex DAX im Frühjahr die 12.000 Punkte-Marke überschritt, notierte er Ende September bei ca. 9.500 Punkten und setzte zum Jahresende seinen Schlusspunkt bei 10.743 Punkten, was einer Jahresperformance von 9,6 % entspricht.

1.3 Berichterstattung über die Branchensituation

Im März 2015 hat das Eurosystem sein Anleihekaufprogramm, seine Form eines „Quantitative Easing“, begonnen. Seither werden Covered Bonds, Asset Backed Securities, vor allem aber Staatsanleihen in einem Volumen von monatlich 60 Mrd. Euro durch die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Notenbanken erworben. Zudem hat die EZB im Dezember 2015 noch einmal expansive Maßnahmen beschlossen. Das Ankaufprogramm wurde zeitlich verlängert und damit im Zielvolumen aufgestockt. In dem erworbenen Portfolio fällige Beträge sollen zudem umgehend reinvestiert werden. Außerdem wurde die zuvor bereits negative Verzinsung der Einlagefazilität noch einmal um 10 Basispunkte auf zum Jahresende 2015 dann -0,3 % gesenkt.

Auch wenn sich die Eigenkapitalsituation deutscher Banken im abgelaufenen Jahr weiter verbessert hat, dürfte eine lang anhaltende Phase sehr niedriger Zinsen zu einer wirtschaftlichen Belastungsprobe für die Institute werden. Den Ergebnissen einer Mitte 2015 von Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht durchgeführten Umfrage zur „Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld 2015“ zufolge wird nach Analyse der Bundesbank die Profitabilität kleiner und mittelgroßer deutscher Kreditinstitute nach institutseigenen Planungen weiter sinken. Durch den Rückgriff der Unternehmen auf neue Fremdkapitalquellen könnten sich aber auch Risiken außerhalb des Bankensektors aufbauen und die Stabilität des Systems gefährden.

Höher verzinste Kredit- und Wertpapiergeschäfte laufen aus und werden durch niedriger verzinste Geschäfte ersetzt. Zwar sinken gleichzeitig auch die Einlagenzinssätze, diese bleiben allerdings geschäftspolitisch beziehungsweise wettbewerblich bedingt im positiven Bereich. Diese Entwicklungen führen zu sinkenden Margen im Bankgeschäft, zudem verhindern der intensive Wettbewerb, die Bankenregulierung, die Rechtsprechungen und der Verbraucherschutz Margen- und Provisionsausweitungen.

Zudem sind die Möglichkeiten der Fristentransformation durch eine flache Zinsstrukturkurve erheblich eingeschränkt. Nach Ansicht der Deutschen Bundesbank können dadurch insbesondere kleine und mittlere Banken unter Druck geraten, da diese traditionell einen Großteil ihrer Erträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft erwirtschaften und in erheblichem Umfang Fristentransformation betreiben.

Insgesamt hat die o.g. Umfrage von Bundesbank und BaFin gezeigt, dass die anhaltend niedrigen Zinsen die deutschen Kreditinstitute in allen abgefragten Szenarien über einen Zeitraum von fünf Jahren deutlich belasten.

Bisher sieht die Bundesbank die Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds auf die Ertragslage und die Stabilität des Bankensystems noch begrenzt. Die Geschäftsergebnisse und Planungen deutscher Kreditinstitute werden noch durch die positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigt. Weiterhin haben Banken ihre Eigenkapitalausstattung verbessert und ihren Verschuldungsgrad reduziert. Zudem liegen derzeit kaum Anzeichen vor, dass Banken systematisch höhere Kreditrisiken eingehen, um ihre Erträge zu stabilisieren. Andererseits sind die Zinsänderungsrisiken der Banken gestiegen. Dadurch hat ihre Anfälligkeit gegenüber einem abrupten Anstieg der kurzfristigen Zinsen zugenommen. Aus Sicht der Bundesbank müssen Banken ihre Kosten weiter senken und ihre Zinsrisiken reduzieren sowie gleichzeitig auf dem Weg des Eigenkapitalaufbaus und der Rückführung des Verschuldungsgrades weiter voranschreiten.

Die Kundeneinlagen bei den deutschen Sparkassen wuchsen insgesamt um 3,0 %, die darin eingerechneten Sichteinlagen legten um 9,5 % zu, die Spareinlagen sanken um -0,7 %. An neuen Krediten sagten die Sparkassen 3,4 % mehr als im Vorjahr zu. Dabei wuchsen die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbständige um 16,9 % und an Privatpersonen um 19,9 %; darunter für private Wohnungsbaufinanzierungen um 23,3 %. Unter Berücksichtigung erhöhter Tilgungsanteile ist der Kreditbestand insgesamt um 3,4 % gestiegen, wobei der Unternehmenskreditbestand um 3,7 % und der Kreditbestand an Privatpersonen um 3,5 % stiegen. Das Kundenwertpapiergeschäft erzielte mit einem Nettoabsatz von 7,2 Mrd. Euro den besten Wert seit dem Jahr 2007. Besonders gefragt waren Investmentfonds und Aktien. Während der Zinsüberschuss um 0,7 % zum Vorjahr auf 2,03 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) zurückging, konnte der Provisionsüberschuss um 5,1 % auf 0,61 % der DBS gesteigert werden. Der Sachaufwand betrug analog dem Vorjahr 0,62 %, der Personalaufwand wies erneut einen Wert von 1,09 % der DBS aus. Die Kernkapitalquote deutscher Sparkassen liegt im Durchschnitt bei 14,8 %, die Cost-Income-Ratio bei 64,3.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Nordhausen ist eine dem gemeinen Nutzen dienende, mündelsichere Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Nordhausen und wurde im Jahr 1841 gegründet. Träger der Sparkasse ist der Landkreis Nordhausen; auf diesen erstreckt sich das Geschäftsgebiet. Grundlage für die Geschäftstätigkeit ist - neben den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen wie dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Thüringer Sparkassengesetz und der Thüringer Sparkassenverordnung - die Satzung der Kreissparkasse Nordhausen.

Im Thüringer Sparkassengesetz und der zugehörigen Sparkassenverordnung sowie der Satzung der Sparkasse ist der öffentliche Auftrag der Sparkasse verankert.

Die Sparkasse ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses System ist als institutssichernde Einrichtung i. S. v. § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Es setzt sich aus den regionalen Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken sowie dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zusammen. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist in einem Haftungsverbund zusammengeschlossen, so dass im Krisenfall das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung steht. Der Haftungsverbund schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Ergänzend zur bisherigen Institutssicherungsfunktion wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion ergänzt. Kernelement ist das Ansparen eines Zielvolumens von 0,8 % der gedeckten Einlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalles durch die BaFin entschädigt werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst u. a. ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Zur Stärkung des Verbundes der Landesbank Hessen-Thüringen und der Sparkassen in der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen wurde das Verbundkonzept entwickelt und in Kraft gesetzt. Dieses stellt in der Summe seiner Einzelbestandteile ein umfassendes Gesamtkonzept im Sinne eines Geschäftsmodells dar, das ausgehend von den Grundprinzipien des Sparkassenwesens auf die Stärkung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Unternehmen der Sparkassenfinanzgruppe Hessen-Thüringen, zunächst vorrangig der Sparkassen und der Landesbank, ausgerichtet ist. Das Verbundkonzept soll zur Stärkung der Ertragskraft, der Begrenzung von Risiko und Haftung sowie zur Wahrnehmung der Gruppe als wirtschaftliche Einheit beitragen. Durch den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gilt es insbesondere, die auf die Risikofrüherkennung und -prävention gerichtete Risikopolitik und die Sicherungseinrichtungen in Ergänzung der Entwicklung auf der Bundesebene an die neue Situation und die Risikotragfähigkeit der Gruppe in geeigneter Form anzupassen.

Die Kreissparkasse Nordhausen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt am Main/Erfurt.

2 Geschäftsentwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

2.1 Geschäftsentwicklung insgesamt

Die dargestellten Rahmenbedingungen führten zu einem zufriedenstellenden Geschäftsjahr 2015. Die Entwicklung der Bilanzsumme übertraf die Erwartungen aus dem Prognosebericht des Vorjahres.

Geschäftsentwicklung	2015	2014	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Geschäftsvolumen ¹	1.121,2	1.065,5	55,7	5,2
Bilanzsumme	1.111,4	1.053,4	58,0	5,5
Forderungen an Kreditinstitute	10,8	1,2	9,6	>100,0
Kundenkreditvolumen ²	597,4	556,4	41,0	7,4
Eigenanlagen ³	451,4	451,5	-0,1	-0,0
Beteiligungen	9,4	10,6	-1,2	-11,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	5,8	5,8	0,0	0,0
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	58,5	69,7	-11,2	-16,1
Kundeneinlagen ⁴	921,4	858,9	62,5	7,3
Eigenkapital (Sicherheitsrücklage)	66,4	64,9	1,5	2,3
Depotvolumen ⁵	119,4	118,8	0,6	0,5

¹ Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

² Bilanzposition Aktiva 4 zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

³ Summe aus Bilanzpositionen Aktiva 5 bis 6a

⁴ Summe aus Bilanzpositionen Passiva 2, 3, 9 und 10

⁵ der bei der DekaBank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführten Depots

Die regionalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Jahresverlauf wiederholt positiv auf den Geschäftsverlauf im Kerngeschäft (Kundeneinlagen, Kundenkreditvolumen, Dienstleistungen) ausgewirkt. Im Vergleich zum Vorjahr konnte ein hohes Wachstum der bilanzwirksamen Kundengeschäfte erreicht werden, bei dem auch die Planwerte für die Kundeneinlagen und -kredite deutlich übertroffen worden sind. Die zugeflossenen Kundeneinlagen sowie die aus der Reduzierung von Interbankengeldern frei gewordenen Mittel wurden in kapitalmarktorientierte Anlagen investiert und ermöglichten die Ausweitung des Kundenkreditvolumens. Durch diese Ausweitungen erhöhte sich im Berichtsjahr die Bilanzsumme um 58 Mio. EUR oder 5,5 % auf 1.111,4 Mio. EUR; das Geschäftsvolumen stieg um 55,7 Mio. EUR bzw. 5,2 % auf 1.121,2 Mio. EUR.

2.2 Kreditgeschäft

Bei dem bilanziellen Kreditvolumen an Kunden (inklusive Eventualverbindlichkeiten) konnten die Bestandsrückgänge durch Neuausreichungen überkompensiert werden. Der Anstieg des Kundenkreditvolumens auf 597,4 Mio. EUR fiel mit 41 Mio. EUR bzw. 7,4 % deutlich höher als erwartet aus. Im Berichtsjahr 2015 wurden 53,1 Mio. EUR an Krediten für Unternehmen und Selbständige neu zugesagt. Die Neukreditvergabe an diese Kundengruppe lag damit um 45,1 % über dem Vorjahresniveau. Ursächlich war im Wesentlichen die ansteigende Nachfrage nach Investitionskrediten. Die Neuausreichungen konnten die Tilgungen und Rückführungen wie erwartet überkompensieren. Dies führte zu einem Anstieg des Bestands an Unternehmenskrediten von 14,7 Mio. EUR bzw. 4,9 % auf 318,8 Mio. EUR. Die Kredite gegenüber der öffentlichen Hand nahmen um 1,5 Mio. EUR bzw. 5,5 % auf 26 Mio. EUR ab.

Erfreulich entwickelten sich weiterhin die Darlehenszusagen an Privatpersonen, sie markierten einen neuen Höchststand. Sie lagen mit 73,7 Mio. EUR um 33,3 % über dem Vorjahreswert. Ursächlich hierfür waren die Zusagen im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft, die um 47,9 % auf 57,7 Mio. EUR gesteigert werden konnten. Trotz hoher Tilgungsleistungen und des anhaltenden Wettbewerbs erhöhte sich der Bestand an privaten Darlehen um insgesamt 29,2 Mio. EUR bzw. 12,8 % auf 257,8 Mio. EUR. Dies übertraf unsere Erwartungen deutlich.

2.3 Eigenanlagen

Die Entwicklung an den Zins- und Aktienmärkten während des abgelaufenen Geschäftsjahres sowie den Anstieg der Kundenverbindlichkeiten nahmen wir zum Anlass, den Bereich der Eigenanlagen unverändert zu lassen. Anstelle der geplanten Bestandsreduzierung lag der Wertpapierbestand zum Jahresende nahezu unverändert mit 451,4 Mio. Euro auf Vorjahresniveau. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde dabei im Vergleich zum Vorjahr leicht um 3,3 Mio. EUR bzw. 1,8 % auf 183,2 Mio. EUR erhöht; der Aktienbestand sowie die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere reduzierten sich um insgesamt 3,3 Mio. EUR bzw. 1,2 % auf 268,2 Mio. EUR.

Die Eigenanlagen sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die durchschnittliche Kapitalbindungsdauer (Duration) der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere beträgt 2,6 Jahre nach 2,3 Jahren im Vorjahr.

Zwischen den Bilanzstichtagen erhöhten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 9,6 Mio. EUR auf 10,8 Mio. EUR im Wesentlichen bedingt durch den Anstieg der Kundenverbindlichkeiten.

2.4 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Bestand an Beteiligungen der Sparkasse beläuft sich auf 9,4 Mio. EUR nach 10,6 Mio. EUR im Vorjahr. Maßgeblich für den Rückgang war die Umgliederung einer Beteiligung von 1,0 Mio. EUR in die Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen veränderten sich nicht zum Vorjahr. Der Bestand beträgt weiterhin 5,8 Mio. EUR.

2.5 Sachanlagen/Investitionen

Größere bauliche Investitionen erfolgten im Berichtsjahr am und im Hauptstellengebäude. Entsprechend unserer Planung führten wir Modernisierungs-, Renovierungs- und Arrondierungsmaßnahmen im Gebäudebestand sowie Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in technische Anlagen, die EDV und die Büro- und Geschäftsausstattung durch. Der Bestand an Sachanlagen verminderte sich nach planmäßigen Abschreibungen von 1,6 Mio. EUR und außerplanmäßigen Abschreibungen wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung im Bestand der Grundstücke und Gebäude von 1,6 Mio. EUR um insgesamt 2,2 Mio. EUR bzw. 10,6 % auf 18,5 Mio. EUR.

2.6 Einlagengeschäft

Kundeneinlagen	2015	2014	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	918,9	856,4	62,5	7,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	2,5	2,5	0,0	0,0
Gesamt	921,4	858,9	62,5	7,3

Die gesamten Kundeneinlagen stiegen wesentlich stärker als erwartet um 62,5 Mio. EUR bzw. 7,3 % auf 921,4 Mio. EUR an. Maßgeblich dafür war der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden; der Bestand der verbrieften Verbindlichkeiten blieb bei 2,5 Mio. EUR konstant.

Vor dem Hintergrund der Zinsentwicklung und der Wettbewerberangebote bevorzugten unsere Kunden - wie in den Vorjahren - Sicht- und Sparanlagen mit kurz- und mittelfristigem Charakter. Der Bestand an täglich fälligen Sichteinlagen erhöhte sich um 50,1 Mio. EUR bzw. 10 % auf 550,7 Mio. EUR. Stark rückläufig waren wiederholt Anlagen in Sparbriefen. Insgesamt reduzierte sich der Bestand an anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist erwartungsgemäß um 4 Mio. EUR bzw. 37,4 % auf 6,7 Mio. EUR. Demgegenüber stieg durch Umschichtungen der Bestand an normal- und höherverzinslichen Spareinlagen um 16,4 Mio. EUR bzw. 4,8 % auf 361,5 Mio. EUR.

Aufgrund der Marktentwicklungen sowie des Anstiegs der Kundenverbindlichkeiten verringerten wir wie erwartet die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; sie wiesen einen um 11,2 Mio. EUR bzw. 16,1 % reduzierten Bestand von 58,5 Mio. EUR auf.

2.7 Eigenkapital

Nach Feststellung des Jahresüberschusses 2014 und der Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, in Höhe von 594 TEUR konnte die Sicherheitsrücklage im Berichtsjahr 2015 um 1,5 Mio. EUR bzw. 2,3 % auf 66,4 Mio. EUR erhöht werden. Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2015 sollen nach dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands vom Jahresüberschuss in Höhe von 2,1 Mio. EUR insgesamt 1,5 Mio. EUR der Sicherheitsrücklage zugeführt und 594 TEUR an den Träger ausgeschüttet werden. Die Sicherheitsrücklage wird somit nach erfolgter Ausschüttung 67,9 Mio. EUR betragen.

Als Kernkapital gemäß den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) stehen der Kreissparkasse Nordhausen am 31. Dezember 2015 die Sicherheitsrücklage und der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Verfügung. Neben dem Kernkapital verfügt die Kreissparkasse Nordhausen noch über ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das anrechenbare Ergänzungskapital besteht zum 31. Dezember 2015 aus Teilen der Vorsorgereserven nach § 340f HGB, welche im Rahmen der Übergangsregelung der Art. 483 ff. CRR bzw. als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 62c) CRR angerechnet werden können.

Die Eigenmittel nach Art. 72 CRR und die anrechenbaren Eigenmittel i.S. von Art. 4 Abs. 1 Nr. 71 CRR stellen sich zum 31. Dezember 2015 wie folgt dar:

Eigenmittelermittlung	2015	2014	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Posten des harten Kernkapitals bzw. hartes Kernkapital gemäß Artikel 50 CRR	109,3	84,0	25,3	30,1
abzgl. Abzüge vom harten Kernkapital	1,7	2,6	-0,9	-34,6
= Kernkapital gemäß Artikel 25 CRR	107,6	81,4	26,2	32,2
Vorsorgereserven nach § 340f HGB als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Artikel 62 c) CRR	6,8	7,7	-0,9	-11,7
Vorsorgereserven nach § 340f HGB im Rahmen der Übergangsregelung der Artikel 483 ff. CRR	-	14,6	-14,6	-100,0
abzgl. Abzüge vom Ergänzungskapital	0,2	0,8	-0,6	-75,0
= Ergänzungskapital gemäß Artikel 71 CRR	6,6	21,5	-14,9	-69,3
Eigenmittel gemäß Artikel 72 CRR = anrechenbare Eigenmittel gemäß Artikel 4 Abs. 1 Nr. 71 CRR	114,2	102,9	11,3	11,0

Bei einem Gesamtforderungsbetrag in Höhe von 711,4 Mio. EUR nach 687 Mio. EUR im Vorjahr (Art. 92 Abs. 3 CRR; davon 645,6 Mio. EUR (Vorjahr: 616,7 Mio. EUR) Adressenrisiken, 57,8 Mio. EUR (Vorjahr: 59,4 Mio. EUR) operationelle Risiken und 8,0 Mio. EUR (Vorjahr: 10,9 Mio. EUR) Marktpreisrisiken) verfügt die Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2015 über eine Gesamtkennziffer gemäß CRR von 16,1 % und eine Kernkapitalquote von 15,1 %. Ende 2014 betragen die Gesamtkennziffer gemäß CRR 15,0 % und die Kernkapitalquote 11,9 %. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist somit gegeben.

2.8 Depotvolumen

Der Depotkontenbestand der von der Sparkasse betreuten bzw. geführten Depots verminderte sich um 85 Stück auf 5.527 Stück; das Volumen im Wertpapierkommissionsgeschäft der bei der DekaBank Deutsche Girozentrale Frankfurt am Main und Luxemburg sowie der bei der S Broker AG & Co. KG bestehenden Depots betrug Ende 2015 insgesamt 119,4 Mio. EUR und lag um 0,6 Mio. EUR bzw. 0,5 % über dem Vorjahr.

Entgegen unserer Erwartung stieg der Wertpapierumsatz nur moderat um 2,7 Mio. EUR bzw. 6,5 % auf 43,9 Mio. EUR. Die Entwicklung ist maßgeblich auf die stark rückläufigen Käufe und die höheren Verkaufstätigkeiten der Kunden im Bereich festverzinslicher Anleihen zurückzuführen.

Umsatzentwicklung Depotgeschäft*	2015	2014	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Festverzinsliche Wertpapiere	24,8	24,7	0,1	0,4
Aktien und Optionsscheine	2,7	1,5	1,2	80,0
Investmentfonds	16,4	15,0	1,4	9,3
Gesamt	43,9	41,2	2,7	6,6

* bei der DekaBank Deutsche Girozentrale und S Broker AG & Co. KG geführte Depots

2.9 Dienstleistungsgeschäft

Insgesamt betreut die Sparkasse rd. 109 Tsd. Konten. Unter anderem durch die Preisanpassungen bei den Privatgirokonten war die Stückzahl auf 44.807 Stück (Vorjahr: 45.322 Stück) rückläufig. Unseren Kunden steht mit 17 Standorten (inkl. Hauptstelle) im Landkreis Nordhausen ein flächendeckendes Netz an mitarbeiterbesetzten Filialen bzw. Selbstbedienungsfilialen, ein sparkasseneigenes CallCenter mit einer werktäglichen Erreichbarkeit von 8 bis 18 Uhr sowie 24 Stunden am Tag die Internetfiliale www.kskndh.de für die Erledigung ihrer Bankgeschäfte zur Verfügung. Im Landkreis Nordhausen hält die Sparkasse 38 Geldautomaten - davon 12 mit Ein- und Auszahlungsfunktion, 47 Multifunktionsterminals für Überweisungen und Kontoauszugsdrucke sowie zwei Münzeinzahlungsautomaten für ihre Kunden vor.

Das Verbundgeschäft entwickelte sich im vergangenen Geschäftsjahr differenziert. Wesentliche Gründe hierfür sehen wir in dem Sicherheitsbedürfnis unserer Kunden nach der Finanzmarktkrise und dem niedrigen Zinsniveau. Das Ergebnis im Wertpapiergeschäft entwickelte sich nicht erwartungsgemäß. Bei den Ergebnissen aus der Vermittlung von Immobilien und im Leasingbereich konnten unsere Erwartungen erfüllt werden, ebenso im Versicherungsgeschäft, das die Sparkasse seit Oktober 2001 als Generalagentur der Sparkassenversicherung im Landkreis Nordhausen betreibt. Die Vermittlungen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen lagen im Berichtsjahr wiederholt unter unseren Erwartungen.

Das Kreditkartengeschäft mit Mastercard- und Visa-Kreditkarten konnte weiter ausgebaut werden; insgesamt erhöhte sich der vermittelte Kartenbestand auf 6.625 Stück. Gegenüber dem Vorjahresende ergab sich ein Bestandsanstieg von 66 Karten.

3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

3.1 Personal- und Sozialbereich

Die Sparkasse beschäftigte zum Bilanzstichtag 243 (Vorjahr: 252) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 100 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 98) und 14 Auszubildende (Vorjahr: 16). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies einer Personalkapazität von 211 Beschäftigten (Vorjahr: 216). Altersteilzeitvereinbarungen bestehen bei zwei Beschäftigten (Vorjahr: 5); diese Beschäftigten befinden sich alle (Vorjahr: 5) in der Freistellungsphase. Die Personalstruktur ist mit 75,7 % (Vorjahr: 74,6 %) weiterhin von einem hohen Anteil weiblicher Bediensteter geprägt. Die Sparkassensonderzahlung (SSZ) wurde 2006 aufgrund des umgesetzten Tarifvertrages (TVöD) eingeführt und wird seitdem angewendet. Der variable Anteil fließt in einen individuell-leistungsbezogenen und einen unternehmens-erfolgsbezogenen Anteil ein. Die Vergütungs- und Anreizsysteme stehen im Einklang mit der Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten und den in der Geschäftsstrategie dargestellten Zielen. Die Angemessenheit der außertariflichen Vergütungssysteme war auch 2015 gegeben. Die Sparkasse zahlte keine Provisionen für vermittelte Produkte an Mitarbeiter.

Die Sparkasse ist bestrebt, ihre Fach- und Führungskräfte so weit wie möglich selbst auszubilden und über geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen auf die Übernahme von Spezialisten- und Führungspositionen vorzubereiten. Die interne und externe Weiterbildung der Mitarbeiter war auch 2015 von besonderer Bedeutung. Alle unsere Auszubildenden schlossen ihre Berufsausbildung erfolgreich ab.

Die Sparkasse bietet Angebote und Aktionen zur Gesundheitsvorsorge und -förderung; sie dienen der Gesunderhaltung, der Förderung des Betriebsklimas und somit der Mitarbeiterbindung und werden rege in Anspruch genommen.

Zur Gewährleistung des flexiblen Einsatzes der Mitarbeiter arbeitet die Sparkasse bereits seit mehreren Jahren mit der variablen Arbeitszeit. Ferner bietet die Sparkasse den Mitarbeitern die Möglichkeit der Arbeitszeitgestaltung im Rahmen von individuellen Teilzeitmodellen an.

3.2 Gesellschaftliches Engagement

Im Jahr 2015 hat die Sparkasse für die Förderung der Region in den Bereichen Kunst, Kultur, Umwelt, Sport, soziale Zwecke und Jugendarbeit insgesamt 193,3 TEUR zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung der Kreissparkasse Nordhausen förderte im Jahr 2015 Projekte mit einem Volumen von rund 69,1 TEUR.

4 Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage der Sparkasse nach GuV-Zahlen entsprach im Geschäftsjahr 2015, gemessen am Ergebnis vor und nach Bewertung, nicht vollumfänglich unseren Erwartungen; der Jahresüberschuss nach Steuern stellt sich erwartungsgemäß nahezu auf Vorjahresniveau dar.

Entwicklung der Ertragslage	2015		2014		Veränderungen	
	in Mio. EUR	in % der DBS	in Mio. EUR	in % der DBS	in Mio. EUR	in %
Zinsüberschuss ¹	21,9	2,0	22,7	2,1	-0,8	-3,5
Provisionsüberschuss ²	7,3	0,7	6,9	0,7	0,4	5,8
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalaufwand	12,0	1,1	12,2	1,2	-0,2	-1,6
Sachaufwand	7,5	0,7	5,9	0,6	1,6	27,1
Saldo sonstige betriebliche Erträge / Aufwendungen ³	1,8	0,2	0,6	0,1	1,2	>100,0
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	3,3	0,3	1,8	0,2	1,5	83,3
Ergebnis vor Bewertung	8,2	0,7	10,3	1,0	-2,1	-20,4
Bewertung / Risikovorsorge ⁴	3,5	0,3	4,0	0,4	-0,5	-12,5
Ergebnis nach Bewertung	4,7	0,4	6,3	0,6	-1,6	-25,4
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-
Ertragssteuern	2,6	0,3	4,3	0,4	-1,7	-39,5
Jahresüberschuss nach Steuern	2,1	0,2	2,1	0,2	0,0	0,0
Durchschnittliche Bilanzsumme (DBS)	1.113,8		1.058,9		54,9	5,2

¹ GuV-Position 1 – GuV-Position 2 + GuV-Position 3

² GuV-Position 5 – GuV-Position 6

³ GuV-Position 4 + GuV-Position 8 + GuV-Position 9 – GuV-Position 12 - GuV-Position 17 - GuV-Position 24

⁴ GuV-Position 13 + GuV-Position 14 - GuV-Position 15 + GuV-Position 16 - GuV-Position 18

Der Zinsüberschuss als wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse verringerte sich um 0,8 Mio. EUR bzw. 3,5 % auf 21,9 Mio. EUR. Die im Zinsergebnis enthaltenen laufenden Erträge (GuV-Position 3) erhöhten sich dabei um 1,7 Mio. EUR auf 5,0 Mio. EUR, im Wesentlichen bedingt durch die Vornahme einer Ausschüttung von ordentlichen Erträgen aus dem Wertpapierspezialfonds (Vorjahr: Ausschüttungsverzicht). Während die Zinserträge (GuV-Position 1) durch die fortdauernde Niedrigzinsphase tendenziell gemäß unseren Erwartungen um 2,2 Mio. EUR bzw. 7,8 % auf 25,6 Mio. EUR zurückgingen, stiegen die Zinsaufwendungen aufgrund von geleisteten Ausgleichszahlungen für die vorzeitige Auflösung (Close-out) von

Zinsswaps in Höhe von 3,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,9 Mio. EUR) um 0,4 Mio. EUR auf 8,6 Mio. EUR. Durch die vorzeitige Auflösung von Zinsswaps wird der Zinsaufwand zukünftiger Jahre verringert.

Der Zinsaufwand aus der vorzeitigen Auflösung von Zinsswaps wird in der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise nicht dem Zinsergebnis, sondern dem außerordentlichen Ergebnis zugeordnet. Unter Berücksichtigung weiterer außerordentlicher Effekte ergibt sich in der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise ein Zinsergebnis von 24,7 Mio. EUR. Die im Lagebericht des Vorjahres prognostizierte Erhöhung des Zinsüberschusses ist insofern - unter Berücksichtigung der gegenüber der Planung deutlich erhöhten Ausschüttung aus dem Wertpapierspezialfonds - eingetreten.

Der Provisionsüberschuss stieg mit 0,4 Mio. EUR bzw. 5,8 % auf 7,3 Mio. EUR stärker als erwartet an, was vor allem auf die Preisanpassung im Privatgiroverkehr zurückzuführen ist. Während das Provisionsergebnis im Wertpapiergeschäft unseren Erwartungen nicht entsprach, konnten die Erträge aus dem Versicherungs-, Bauspar- und Immobilienvermittlungsgeschäft erwartungsgemäß gesteigert werden. Die Provisionserträge insgesamt resultieren zu 57 % aus dem Zahlungsverkehr. Weitere bedeutende Ertragseinnahmen sind das Kredit-, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) erhöhten sich um 1,4 Mio. EUR bzw. 7,7 % auf 19,5 Mio. EUR. Der Personalaufwand reduzierte sich im Bereich unserer Erwartungen um 0,2 Mio. EUR bzw. 1,6 % auf 12,0 Mio. EUR. Die darin enthaltenen Löhne und Gehälter blieben mit 9,8 Mio. EUR auf Vorjahresniveau; die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung reduzierten sich um 0,2 Mio. EUR bzw. 8,3 % auf 2,2 Mio. EUR. Die Sachaufwendungen (7,5 Mio. EUR) stiegen um 1,6 Mio. EUR bzw. 27,1 % und damit stärker als geplant an. Ursächlich für die Überschreitung des Planwerts waren insbesondere zusätzliche Aufwendungen bei den in Anspruch genommenen Diensten Dritter, höhere Ausgaben bei Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, vorgezogene Ausgaben für das Sparkassen-Jubiläumjahr 2016, erhöhte Aufwendungen für die Bankabgabe und zusätzliche Einzahlungen aus den Neuregelungen der Sparkassenstützungsfonds aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weist einen positiven Betrag von 1,8 Mio. EUR nach 0,6 Mio. EUR im Vorjahr aus. Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Grundstückserträgen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) sowie Auflösungen aus Rückstellungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) sowie Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für potenzielle Schadenersatzansprüche und das Spendenaufkommen der Sparkasse. Für betriebswirtschaftliche Zwecke werden Erträge aus den Auflösungen von Rückstellungen bzw. Aufwendungen für die Rückstellungsbildung sowie weitere in dieser Position enthaltene außerordentliche und außerplanmäßige Erträge und Aufwendungen dem außerordentlichen Ergebnis zugeordnet.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und auf Sachanlagen in Höhe von 3,3 Mio. EUR beinhalten nicht erwartete außerplanmäßige Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude von 1,6 Mio. EUR. Diese Abschreibungen werden in der betriebswirtschaftlichen Systematik dem sonstigen Bewertungsergebnis zugeordnet.

Der Gesamtaufwand (GuV-Positionen 10 bis 12) erhöhte sich um 2,5 Mio. EUR bzw. 11,7 % auf 23,8 Mio. EUR. Die Erträge (GuV-Positionen 1 bis 9) stiegen um 0,4 Mio. EUR bzw. 1,3 % auf 32,0 Mio. EUR.

Das in der betriebswirtschaftlichen Systematik um außerplanmäßige bzw. außerordentliche Effekte bereinigte Betriebsergebnis vor Bewertung beträgt bei ordentlichen Erträgen von 33,8 Mio. EUR und bei ordentlichen Aufwendungen von 21,8 Mio. EUR 12,0 Mio. EUR. Es liegt leicht über dem von uns erwarteten Betriebsergebnis vor Bewertung bedingt durch eine gegenüber der Planung deutlich erhöhte Ausschüttung aus dem Wertpapierspezialfonds. Das Bewertungsergebnis, das in der betriebswirtschaftli-

chen Betrachtung zusätzlich die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen (1,6 Mio. EUR) enthält, beträgt 5,1 Mio. EUR.

Das Verhältnis der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) stellt sich in der betriebswirtschaftlichen Betrachtung wie folgt dar:

Entwicklung Aufwands-/Ertragsrelation	2015	2014	Veränderungen	
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in %
Gesamtaufwand	21,8	20,7	1,1	5,3
Gesamtertrag	33,8	31,7	2,1	6,6
Cost-Income-Ratio	64,5	65,3		

Die Eigenkapitalrentabilität (Betriebsergebnis nach Bewertung gemäß Betriebsvergleich der Sparkassen vor Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB im Verhältnis zur Sicherheitsrücklage, dem Bestand an Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie dem Fonds für allgemeine Bankrisiken des Vorjahres) zeigt folgende Entwicklung auf:

Entwicklung Eigenkapitalrendite	2015	2014	2013
	11,0	11,6	7,5 %

Per saldo wurden im Jahr 2015 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft (GuV 14) in Höhe von 2,1 Mio. EUR ausgewiesen (Vorjahr: Bewertungsertrag von 1,6 Mio. EUR zzgl. 18,3 Mio. EUR aus der Auflösung von § 340f HGB Reserven zwecks Umbuchung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB). Aus dem Ergebnis des Geschäftsjahrs wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Eigenkapitalvorschriften 5,7 Mio. EUR nach 5,5 Mio. EUR (zuzüglich der vorgenannten Umbuchung von 18,3 Mio. EUR) im Vorjahr zugeführt.

Bei Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren ergaben sich per saldo Erträge von 68 TEUR nach Aufwendungen von 120 TEUR im Vorjahr.

Auf den zum Niederstwertprinzip bewerteten Wertpapierbestand der Sparkasse erfolgten im abgelaufenen Geschäftsjahr handelsrechtliche Ab- und Zuschreibungen. Entgegen unserer Erwartung, die von einem nicht unerheblichen Bewertungsaufwand im Wertpapiergeschäft ausging, resultierte aus dem Wertpapiergeschäft (Wertpapiere der Liquiditätsreserve sowie des Anlagevermögens) aufgrund realisierter Kursgewinne (4,5 Mio. EUR) ein positives Bewertungsergebnis. Das Risikovorsorgeergebnis im Kreditgeschäft war wie erwartet leicht positiv.

Inklusive der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB reduzierten sich die gesamten Bewertungs- und Risikovorsorgeaufwendungen um 0,5 Mio. EUR auf 3,5 Mio. EUR. Die über verschiedene Kundensegmente und Branchen gestreuten Kreditausfallrisiken wurden angemessen abgeschirmt.

Ursächlich für den Rückgang des Ergebnisses vor Bewertung um insgesamt 2,1 Mio. EUR auf 8,2 Mio. EUR waren insbesondere das Zinsergebnis mit den beschriebenen belastenden Ausgleichszahlungen aus der vorzeitigen Auflösung von Zinsswaps sowie das Ergebnis zusätzlich belastende außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen. Teilweise kompensiert wurden diese die Ertragslage belastenden Effekte durch die Ausschüttung von ordentlichen Erträgen aus dem Wertpapierspezialfonds. Das Ergebnis nach Bewertung in Höhe von 4,7 Mio. EUR liegt um 1,6 Mio. EUR unter dem des Vorjahres. Nach Abzug des Steueraufwands von 2,6 Mio. EUR nach 4,3 Mio. EUR im Vorjahr weist die Sparkasse

einen leicht über dem Vorjahr (2.058 TEUR) liegenden Jahresüberschuss von 2.090 TEUR aus, der den Erwartungen des Vorstands entspricht. Dies ermöglicht für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Ausschüttung an den Träger der Sparkasse, den Landkreis Nordhausen, die nach Feststellung des Jahresabschlusses analog dem Vorjahr 594 TEUR, davon 94 TEUR für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag, betragen soll. Der verbleibende Betrag von 1.496 TEUR soll der Sicherheitsrücklage zugeführt werden, die sich somit auf 67,9 Mio. EUR erhöht. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der branchenspezifischen Gegebenheiten ist der Vorstand der Sparkasse mit dem erreichten Ergebnis zufrieden. Es ist Ausdruck einer stetigen sowie vorausschauenden Geschäftspolitik.

5 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Nordhausen war im Geschäftsjahr 2015 wie in den Vorjahren aufgrund einer planvollen und vorausschauenden Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Es bestehen kurzfristige Refinanzierungsmöglichkeiten bei Kreditinstituten, unter anderem bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Hessen-Thüringen. Die Liquiditätsverordnung nach § 11 KWG (LiqV) und die Mindestreservevorschriften dienen der Beschränkung des Abruftrisikos. Der Mindestwert für die Liquiditätskennzahl gem. LiqV beträgt 1. Die Sparkasse hat im Berichtsjahr diese Kennzahl stets erfüllt. Die zu den Stichtagen (Monatsultimo) ermittelte Liquiditätskennzahl lag im Jahr 2015 zwischen 4,17 und 5,53. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) nach Art. 412 CRR zum 31. Dezember 2015 beträgt 1,27. Die nach der delVO 2015/61 ermittelte LCR stellt sich auf 1,45; die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden insofern erfüllt. Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse auch für die absehbare Zukunft weiterhin jederzeit gesichert. Hinsichtlich der Steuerung des Liquiditätsrisikos wird auf den Risikobericht, Kapitel C, verwiesen.

6 Vermögenslage

Nach der Feststellung des Jahresabschlusses 2015 und der Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung an den Träger von 594 TEUR wird die Sicherheitsrücklage der Sparkasse voraussichtlich 67,9 Mio. EUR betragen. Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, die die Bestandteile des Kernkapitals bilden, verfügt die Sparkasse zusammen mit den verbliebenen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, welche ausschließlich als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Art. 62c) CRR dem Ergänzungskapital angerechnet werden, über eine ausreichende Basis für die zukünftige Ausweitung des risikotragenden Geschäftes. Das Verhältnis der Eigenmittel gemäß Art. 437 CRR lag - bezogen auf die Summe der Eigenkapitalanforderungen nach Art. 438 CRR per 31. Dezember 2015 - mit 16,1 % deutlich über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %.

Innerhalb der Bilanzstruktur ergaben sich zum Bilanzstichtag 2015 leichte Modifizierungen. Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Forderungen an Kunden mit 587,7 Mio. EUR bzw. 52,9 % (Vorjahr: 544,3 Mio. EUR bzw. 51,7 %) und die Eigenanlagen mit 451,4 Mio. EUR bzw. 40,7 % (Vorjahr: 451,5 Mio. EUR bzw. 42,9 %) die bedeutendsten Positionen dar. Auf der Passivseite beträgt der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden 918,9 Mio. EUR bzw. 82,8 % (Vorjahr: 856,4 Mio. EUR bzw. 81,3 %), der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt 58,5 Mio. EUR bzw. 5,3 % (Vorjahr: 69,7 Mio. EUR bzw. 6,6 %). Nachrangige Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

B Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Kreissparkasse Nordhausen ergaben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung dieses Lageberichtes nicht.

C Risikobericht

1 Prinzipien im Umgang mit Risiken

Die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen der Sparkasse. In diesem Kontext hat das Risikomanagement und -controllingsystem zur Erwirtschaftung einer angemessenen Eigenkapitalrendite das vorrangige Ziel, Risiken des Sparkassenbetriebes qualifiziert und zeitnah zu identifizieren, permanent transparent und dadurch steuerbar zu machen. Die Steuerung der Risiken und des Kapitals erfolgt mithilfe einer Risikostrategie und eines daraus abgeleiteten Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen. In einem Risikohandbuch sind die Rahmengrundsätze zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Geschäftsrisiken dargelegt.

Um Interessenkonflikte zu vermeiden und Entscheidungen möglichst objektiv treffen zu können, besteht eine funktionale und organisatorische Trennung der Marktfunktionen von den risikosteuernden und -überwachenden Funktionen, die den Vorstand mit einschließt und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Unter dem Begriff „Risiko“ versteht die Sparkasse eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird bzw. eine wirkungsgleiche unerwartete Entwicklung eintritt.

2 Risikomanagement und -controlling auf Gesamtbankebene

Der Risikomanagementprozess beinhaltet alle Aktivitäten der Sparkasse zum systematischen Umgang mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikobewertung, die Risikomessung, das Risikoreporting, die Steuerung der Risiken als Konsequenz von Bewertung, Messung und Reporting sowie die Risikokontrolle.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Geschäftsbereiche und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung. Dadurch wird es der Sparkasse ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der marktmäßigen und organisatorischen Gegebenheiten zu reagieren. Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Einrichtung, Organisation und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems trägt der Gesamtvorstand. Er ist zugleich zuständig für die Formulierung der strategischen Ausrichtung der Sparkasse unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten. Innerhalb der Risikomanagementorganisation verabschiedet der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die Höhe des maximalen Gesamtrisikolimits und die Aufteilung der Risikoarten nach Marktpreisrisiken, Adressen- und operationellen Risiken. Teilrisiken in den jeweiligen Risikoarten verfeinern die Sicht.

Die Risikoerkennung dient der Identifikation und Beschreibung der bestehenden Risiken.

Die Risikobewertung aller Risiken hat das Ziel, eine erste Einstufung der Wesentlichkeit vorzunehmen, um die Risiken für den Einbezug in das Risikotragfähigkeitskonzept zu identifizieren. Weiterhin erfolgt die Festlegung der im Rahmen des Risikomanagements zu betrachtenden Risiken. Bei der Bewertung der einzelnen Risiken werden ggf. vorhandene Ertrags- und Risikokonzentrationen berücksichtigt; Diversifikationseffekte werden bei der Aggregation der wesentlichen Risikoarten nicht unterstellt. Neben einer verbalen Beschreibung wird als Instrument der Risikobewertung die Wesentlichkeit herangezogen. Dazu wird die potentielle Schadenshöhe, welche sich aus dem außergewöhnlichen Schadensausmaß und dessen Wirkung auf das nicht zur Erfüllung einer Eigenkapitalkennziffer nach CRR von derzeit 9,2 % benötigte Risikodeckungspotenzial (Going-concern-Ansatz) ergibt, ermittelt. Unwesentliche

Risiken und unerwartete Ergebnisbelastungen werden über einen Puffer abgedeckt bzw. implizit über die wesentlichen Risiken abgebildet.

Bei der Risikomessung werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale ermittelt und mit den festgelegten Schwellenwerten bzw. Limiten abgeglichen. Die Ergebnisse sind in den regelmäßig erstellten Reports dokumentiert. Einzelrisiken von erhöhter Bedeutung werden, insbesondere auch bei Überschreitung der festgelegten Schwellenwerte bzw. Limite, dem Gesamtvorstand ad hoc zur Kenntnis gegeben.

Unter Risikosteuerung verstehen wir die Ermittlung der Risikoursachen, die Auswahl und Anwendung der Instrumente zur Risikobewältigung sowie die Durchführung von Maßnahmen, die die Risikovermeidung, -verminderung, -kompensation oder -akzeptanz aktiv beeinflussen.

Das Risikocontrolling quantifiziert und überwacht die Risiken. Als wesentliche Aufgabe darin sehen wir auch die Entwicklung eines einheitlichen und geschlossenen Risikosystems. Zu den Funktionen des Risikocontrollings gehören neben der Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite das Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche sowie die laufende Weiterentwicklung der entsprechenden Methoden und Prozesse nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien. Für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Risikosysteme nutzt die Sparkasse die Synergieeffekte des Sparkassenverbundes. Die Funktionstrennung zwischen Steuerung und Überwachung ist bis zur Vorstandsebene und auch für den Vertretungsfall gewährleistet. Eng verbunden mit dem Risikocontrolling ist die Risikocontrolling-Funktion nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken verantwortlich ist. Sie ist dem Überwachungsvorstand zugeordnet.

Die einzelnen Risikoarten sind in ein institutsübergreifendes Unternehmenssicherungskonzept (USI) bzw. in das Risikohandbuch integriert, ergänzende Informationen sind in Organisationshandbüchern dokumentiert. Je nach Geschäftsfeld und Risikoart kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden dabei im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt. Bei einzelnen Risikoarten erfolgt eine Betrachtung mittels „Value-at-Risk“-Ansatz. Damit wird ein Betrag für mögliche barwertige Verluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes mit der festgelegten Sicherheitswahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Die Betrachtung der wesentlichen Risiken erfolgt über ein Stresstestprogramm.

3 Risikotragfähigkeit und Integration in die Gesamtrisikosteuerung

Das Risikotragfähigkeitssystem ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung der Sparkasse; auf dieser Basis hat die Sparkasse die strategische Ausrichtung der Geschäftstätigkeit in der Geschäftsstrategie inklusive der Eigenhandels-, Beteiligungs-, Vertriebs- und Kostenstrategie festgelegt und daraus eine Risikostrategie sowie eine IT-Strategie abgeleitet. Die Risikostrategie enthält Aussagen zur allgemeinen Strategie, zu Marktpreis-, Adressen- und Liquiditätsrisiken sowie zu operationellen Risiken. Die Risikostrategie wird ergänzt um die Teilrisikostrategie Kreditrisikostrategie.

Abgeleitet aus der Geschäfts- und Risikostrategie verfolgt die Sparkasse einen gewinn- und verlustorientierten Going-Concern-Ansatz. Dieser beinhaltet unter Einhaltung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen eine Fortführung der Geschäftstätigkeit auch nach kompletter Aufzehrung des verwendbaren Risikodeckungspotenzials durch schlagend werdende Risiken. In regelmäßigen Abständen wird das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse ermittelt bzw. überprüft, das zur Abdeckung von möglichen Verlusten herangezogen werden kann. Es gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe maximal Risiken im Rahmen unserer Geschäftspolitik eingegangen werden können. Durch Vergleich der eingegangenen Risiken mit dem festgelegten Risikodeckungspotenzial wird die übergreifende Risikotrag-

fähigkeit der Sparkasse sichergestellt. Die Risikotragfähigkeitsanalyse steht im Einklang mit einer überlegten Geschäfts politik und dient dem Schutz unserer Gläubiger und der Stärkung des Eigenkapitals.

Für alle wesentlichen Risikoarten wird unter Berücksichtigung von Risiko- und Ertragskonzentrationen über das Risikotragfähigkeitskonzept sichergestellt, dass die Sparkasse diese Risiken tragen kann. Unwesentliche Risiken und unerwartete Ergebnisbelastungen werden implizit über die wesentlichen Risiken abgebildet bzw. über einen Puffer abgedeckt. Der im Puffer berücksichtigte Betrag orientiert sich aus Vorsichtsgründen am außergewöhnlichen Schadensausmaß. Die Quantifizierung des Risikodeckungspotenzials erfolgt periodenorientiert. Die Risikotragfähigkeit in der periodischen Sichtweise wird auf Basis von Szenarien ermittelt und vierteljährlich überprüft. Aus der szenariobasierten Risikobetrachtung heraus (Stresstestprogramm) ergibt sich die Vierstufigkeit „Erwartungswert“, „Risikofall“ und „außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse (aE-Stresstest)“ mit dem Pflichtszenario „schwerer konjunktureller Abschwung“ sowie „inverser Stresstest“.

Als Komponenten des Risikodeckungspotenzials im Risikofall stehen der Sparkasse das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung des aktuellen Jahres - ohne Berücksichtigung der Nettoergebnisse aus Finanzgeschäften - und realisierte Gewinne sowie das harte Kernkapital gemäß Artikel 50 CRR, die Vorsorgereserven nach § 340f HGB als allgemeine Kreditrisikoanpassungen gemäß Artikel 62 c) CRR und ggf. weitere eigenkapitalähnliche Reserven zur Verfügung. Abgezogen hiervon werden das erwartete adressenbasierte Bewertungsergebnis aus dem Kundengeschäft, aus dem Eigengeschäft und aus Beteiligungen sowie die erwarteten Abschreibungen aus Wertpapieren und operationellen Risiken, Planungsunsicherheiten und sonstige Ergebnisbelastungen wie z. B. ein negatives neutrales Ergebnis. Von diesem gesamten Risikodeckungspotenzial werden Abzugspositionen vom harten Kernkapital und dem Ergänzungskapital, benötigte Eigenmittel für den „Going-Concern“-Ansatz und Risikopuffer für nicht in die Limitierung einbezogene Risiken abgezogen. Zum Nachweis der Tragfähigkeit auch künftiger Risiken wird nicht das gesamte mögliche Risikodeckungspotenzial als Globallimit angesetzt. Die dem Globallimit gegenüberzustellenden Risikowerte ergeben sich grundsätzlich aus der Abweichung der Szenarioergebnisse von den Erwartungswerten.

Nach Risikobedeutung und unter Berücksichtigung der gesteckten Unternehmensziele erfolgt die Aufteilung des Globallimits auf die einzelnen Risikobereiche. Ausgehend von den Planwerten zum Jahresanfang 2015 wurde zunächst ein Gesamtlimit von 53,9 Mio. EUR verteilt, das zum zweiten Quartal auf 42,9 Mio. EUR reduziert wurde. Die Berechnung der unerwarteten Risiken mit Betrachtungszeitraum bis zum Jahresende 2015 führte zu den einzelnen Reportingstichtagen zu einer Auslastung des Gesamtlimits zwischen 35,9 % und 85,9 %. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar. Zum Bilanzstichtag 2015 wurde ein Gesamtlimit für unerwartete Risiken auf Sicht zum Jahresultimo 2016 von 46 Mio. EUR verteilt und eine Auslastung von 88,9 % ermittelt.

Im Rahmen der aE-Stresstests wird untersucht, wie sich wesentliche Risiken der Sparkasse unter Annahme von Stressszenarien darstellen. Um die Wirkung von aE-Stresstests zu verdeutlichen, wird eine Gegenüberstellung zum Risikodeckungspotenzial durchgeführt. Die Stressszenarien werden aus Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitet („historisches Szenario“) oder im Kontext des geschäftlichen Umfelds der Sparkasse als hypothetische Szenarien entwickelt („Boom“ und „schwerer konjunktureller Abschwung“). Beim aE-Stresstest „historisches Szenario“ berücksichtigt die Sparkasse die mit einem Risikoaufschlag versehenen relativ größten historischen negativen Ergebnisse der einzelnen Risikoarten. Das Szenario „Boom“ beinhaltet einen deutlichen Zinsanstieg und den daraus resultierenden Anstieg der Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft. Ein schwerer konjunktureller Abschwung könnte neben den Nachschuss- bzw. Wiederauffüllungspflichten der Stützungsfonds zu einer hohen Belastung aus schlagend werdenden Marktpreis- und Adressenrisiken im Kunden- und Eigengeschäft führen. Der aE-Stresstest „schwerer konjunktureller Abschwung“ führte zum Ermittlungstichtag 31. Dezember 2015 mit einem Risikowert von 59,9 Mio. EUR zur höchsten Risikoausprägung. Selbst bei Eintritt dieses Ergebnisses wäre die Unternehmensfortführung (Going-Concern-Ansatz) nicht gefährdet.

Die inversen Stresstests stellen eine Ergänzung zu den sonstigen Stresstests dar. Ziel der inversen Stresstests ist die Untersuchung, welche Ereignisse oder Szenarien die Sparkasse in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten, um Transparenz über maßgebliche Risikotreiber zu erhalten, die die Geschäftsaktivitäten besonders stark beeinflussen können. Durch die „Silo-Betrachtung“ der wesentlichen Risikoarten und die Untersuchung der Abhängigkeiten verschiedener Risiken untereinander auf Basis des aE-Stresstests mit der größten Verlustwirkung wird untersucht und kritisch reflektiert, wie stark sich ein oder mehrere Risikoparameter noch verändern müssen, um die kritische Schwelle zu erreichen.

Die Aggregation der Einzelrisiken zum Gesamtrisiko erfolgt jeweils additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten hinweg bleiben somit unberücksichtigt. Üblicherweise reduziert der Diversifikationseffekt zwischen den Risikoarten das Gesamtrisiko.

Die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials sowie die Risikotragfähigkeitsanalyse werden regelmäßig durchgeführt und dem Vorstand sowie dem Verwaltungsrat berichtet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist zudem um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit soll ein möglicher Kapitalbedarf im Sinne des Risikodeckungspotenzials frühzeitig identifiziert werden, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte.

Die auf Basis der internen Risikotragfähigkeitskonzeption festgelegten Risikodeckungspotenziale als Grundlage des Limitsystems waren jederzeit ausreichend, um die eingegangenen Risiken vollständig abzudecken. Für die aus der Strategie und der Unternehmensplanung abgeleiteten zukünftigen Aktivitäten schätzen wir ein, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

Die wertorientierte Risikobetrachtung führt die Sparkasse derzeit insbesondere im Bereich der Zinsbuchsteuerung und im Bereich der Adressenrisiken durch. Sie dient im Wesentlichen zur Entscheidungsfindung in der Risikobewertung.

Die Angemessenheit der Methoden und Verfahren zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit, insbesondere zum implementierten periodenorientierten Going-concern-Ansatz, zu den Methoden und Verfahren zur Ermittlung des Risikodeckungspotentials, der Risikoquantifizierung und der zukunftsgerichteten Kapitalplanung, unterliegen einem mindestens jährlich durchgeführten Überprüfungsprozess.

4 Interne Revision

Die Interne Revision hat als prozessunabhängige Stelle die Aufgabe, den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihrer Überwachungsfunktion zu unterstützen. Grundlage dafür ist der unter risikoorientierten Gesichtspunkten aufgestellte und vom Vorstand genehmigte Prüfungsplan. Auf dieser Basis prüft und bewertet die Interne Revision alle Aktivitäten und Prozesse.

5 Risikoarten

Die Sparkasse unterscheidet folgende wesentliche Risikoarten: Marktpreis-, Adressen-, Liquiditäts- und operationelle Risiken.

5.1 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko versteht die Sparkasse das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes aus Positionen im eigenen Bestand aus zukünftigen Marktpreisschwankungen. Sie beinhalten neben den Zinsrisiken (inklusive Spreadrisiken und impliziten Optionen im Kundengeschäft) die Währungs-, die Aktien-

kurs-, die Immobilien- und die Optionsrisiken sowie die Risiken aus Spezial-, Publikums- und offenen Immobilienfonds.

Die Risikosteuerung - und die damit einhergehenden Dispositionsmaßnahmen im Rahmen der vom Vorstand festgelegten Limite - erfolgt durch den Bereich Handel. Die Risikoüberwachung erfolgt durch die „Betriebswirtschaftliche Abteilung“ mit der Gruppe Rechnungswesen und dem Bereich Controlling, welche die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verantwortet. Zur Messung und Überwachung werden alle zum Bewertungstag bestehenden risikorelevanten Einzelpositionen der Sparkasse herangezogen. Die Höhe der maximal zulässigen Wertänderungen ist im Rahmen eines Limitsystems begrenzt.

Die Sparkasse bewertet das Marktpreisrisiko sowohl mittels GuV-orientierten als auch wertorientierten Verfahren. Die bedeutendsten Marktpreisrisiken liegen im Zinsänderungsrisiko, das sich in der GuV-orientierten Betrachtung aus Zinsspannenrisiko und dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko zusammensetzt, und im Fondsrisiko.

Das Zinsspannenrisiko wird als negative Abweichung des Zinsüberschusses (Zinsergebnisses) von einem erwarteten Wert verstanden. Dieses Risiko resultiert insbesondere aus unterschiedlichen Volumina und unterschiedlichen Fälligkeiten der festverzinslichen bzw. unterschiedlichen Zinsanpassungen der variabel verzinslichen Aktiv- und Passivpositionen. Steigende Zinsen führen im Rahmen der Fristentransformation bei einem Aktivüberhang zu höheren Refinanzierungskosten und damit zur Verminderung der Zinsspanne. Sinkende Zinsen führen bei einem Passivüberhang zu geringeren Erträgen und somit zur Verminderung der Zinsspanne.

Die Bestimmung des Zinsspannenrisikos erfolgt in zwei Schritten: Zum einen durch die Ermittlung der Zinsstruktur und zum anderen durch die Ermittlung der Geschäftsstruktur für den Risikofall.

Ausgangswert zur Bestimmung der Zinsspannenrisiken ist die geplante bzw. erwartete Zinsspanne. Ausgehend von der geplanten Geschäftsstruktur der Sparkasse werden die Auswirkungen auf die Zinsspanne simuliert, die durch die Veränderung der Zinsstruktur eintreten können. Aus der Gesamtheit der betrachteten Zinsszenarien wird jene Zinsstruktur ermittelt, die den größten Risikowert aus der gemeinsamen Betrachtung von Zinsspannenrisiko und Abschreibungsrisiko der Zinsprodukte ergibt. Nunmehr wird geprüft, ob anhand dieser ermittelten Zinsstruktur die Annahmen der Geschäftsstrukturplanung aufrechterhalten werden können. Eine abweichende Sichtweise ergibt die risikorelevante Geschäftsstruktur. Berücksichtigung findet dabei die Ausübung von impliziten Optionen im Kundengeschäft.

Das GuV-orientierte Abschreibungsrisiko gibt die Verluste an, die durch Marktpreisschwankungen von Wertpapieren entstehen können, und ist für das gesamte Eigenhandelsgeschäft dargestellt. Das Risiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes einer Position, die ausschließlich auf eine Veränderung der Marktpreise zurückzuführen ist, und setzt sich somit aus zins- und kursinduzierten Abschreibungsrisiken zusammen.

Als weitere Marktpreisrisikoausrprägung werden die Spreadrisiken als Gefahr eines Verlustes einer Zinsposition, die auf eine Veränderung der Credit-Spreads bei unverändertem Rating sowie bei Migrationen in schlechtere Ratingklassen zurückzuführen ist, im Rahmen der szenariobasierten Risikobetrachtung (Stresstestprogramm) bei den Abschreibungssimulationen berücksichtigt.

Für das marktpreis- und spreadinduzierte Abschreibungsrisiko bzw. das Zinsspannenrisiko wurden zum Jahresbeginn 2015 zunächst Limite von 37,5 Mio. EUR bzw. 1,1 Mio. EUR verteilt und zum zweiten Quartal auf 27 Mio. EUR bzw. 1 Mio. EUR reduziert. Die Auslastung zu den Reportingstichtagen bewegte sich zwischen 35,9 % und 86,1 % bzw. 25,2 % und 83,9 %. Im Berichtsjahr betragen die marktpreisinduzierten Abschreibungen 2,8 Mio. EUR; ein Zinsspannenrisiko zum 31. Dezember 2015 bestand nicht. Die zum Bilanzstichtag 2015 mit Sicht auf das Jahresende 2016 zugeordneten Limite für das marktpreis-

duzierte Abschreibungsrisiko bzw. das Zinsspannenrisiko in Höhe von 34,9 Mio. EUR bzw. 0,7 Mio. EUR reichen mit einer Auslastung von 89,6 % bzw. 54,5 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Neben der Limitierung der Risikopositionen sind zur effektiven Verlustbegrenzung Warnlimite auf Portfolioebene eingerichtet. Um auch Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden neben Erwartungswert und Risikofall regelmäßig aE- und inverse Stresstests zur Analyse der Zinsrisikopositionen durchgeführt.

Zur Steuerung des Gesamtbank-Cashflows und somit zur Risikosteuerung des zinstragenden Geschäfts nutzt die Sparkasse Sicherungsgeschäfte in Form von Zinsswaps im Volumen von 60 Mio. EUR. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Unsere Value-at-Risk-Verfahren sind darauf ausgerichtet, eine einheitliche zukunftsorientierte Analyse und Steuerung des Marktpreisrisikos zu unterstützen.

Die Risikomessung im Eigenhandelsbereich erfolgt für alle Positionen, die in den Value-at-Risk einfließen, anhand einer taggenauen historischen Vollsimulation. Auf dieser Basis wird der Abschreibungsbedarf der Einzelpositionen im Bereich des gesamten Eigenbestandes bei einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt. Zur Überprüfung der Güte der Value-at-Risk-Prognose führt die Sparkasse regelmäßig interne und externe Backtestings durch.

Zusätzlich zu den genannten Value-at-Risk-Ansätzen ermittelt die Sparkasse das Zinsänderungsrisiko des Gesamtzinsbuches bei unterstellter sofortiger Zinsänderung um +200 Basispunkte bzw. -200 Basispunkte. Per 31. Dezember 2015 ergab sich aus der wertorientierten Betrachtungsweise eine Veränderung des Zinsbuchbarwertes um -19,7 Mio. EUR (-17,2 % der Eigenmittel) bzw. +8,1 Mio. EUR (+7,1 % der Eigenmittel).

Das Risikoreporting des Zinsspannenrisikos erfolgt vierteljährlich im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes an den Vorstand. Des Weiteren erfolgen Wochen- und Monatsreports, der monatliche wertorientierte Treasuryreport und der vierteljährliche Mindestreport inklusive des Optionsrisikenreports „Kundengeschäft“. Die Risikosituation stellte sich im Berichtszeitraum jederzeit als tragbar dar.

5.2 Adressenrisiken

Bei den Adressenrisiken unterscheidet die Sparkasse das Adressenrisiko im Kundengeschäft - unterteilt nach GuV-orientiertem Ausfallrisiko und wertorientiertem Bonitätsänderungsrisiko - und im Eigengeschäft - unterteilt in Kontrahenten- und Emittentenrisiko - , das Länderrisiko und das Beteiligungsrisiko.

5.2.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko besteht in der Gefahr negativer Bonitätsveränderungen und daraus resultierender Wertverluste infolge von Änderungen in der Kreditwürdigkeit (Bonität) des Kreditnehmers. Adressenrisiken beinhalten somit die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch die Geschäftspartner. Es umfasst Bonitätsverschlechterungen (im Folgenden Bonitätsänderungsrisiko genannt) bis hin zum völligen Ausfall (im Folgenden Ausfallrisiko genannt) des Kreditnehmers. Zur Begrenzung dieser Risiken setzt die Sparkasse die Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der geltenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) um.

Als ein Steuerungsinstrument wurde durch den Vorstand der Sparkasse eine Kreditrisikostategie verabschiedet, im Rahmen derer die Adressenrisiken quantifiziert und überwacht werden. Daneben gelten risikoorientierte Kreditkonditionen und Kompetenzordnungen sowie verschiedene Limitierungen. Die wichtigsten Überwachungsinstrumente sind die Verfahren zur Früherkennung von Risiken und der Kre-

ditrisikobericht. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenrisiken erfolgt sowohl einzelgeschäftszugewogen als auch auf Portfolioebene. Hierzu hat die Sparkasse Kreditnehmerlimite bzw. Gruppen verbundener Kunden festgelegt und überwacht das Kreditportfolio nach Ratingklassen, Größenklassen und Branchenrisiken.

Ein wichtiges Element des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements. Bei der Beurteilung des Risikos berücksichtigen wir die Bonität des Geschäftspartners sowie die für das Kreditengagement relevanten Risiken. Die daraus resultierende Risikoeinstufung wirkt sich nicht nur auf die Strukturierung der Transaktion und die Kreditentscheidung aus, sondern bestimmt auch die Kompetenzstufe für die Kreditentscheidung und legt den Überwachungsumfang für das jeweilige Engagement fest.

Die Struktur des Kundenkreditgeschäftes nach Ratingstufen stellte sich zum 31. Dezember 2015 wie folgt dar:

Ratingnote	Ratingklasse	2015		2014		Veränderung	
		in % vom		in % vom		Obligo	Blanko
		Obligo	Blanko	Obligo	Blanko		
	nicht geratet	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
1 - 8	ohne erkennbare Risiken	87,1	88,7	85,7	88,0	1,4	0,7
9 - 10	latente Risiken	5,8	5,8	4,8	5,0	1,0	0,8
11 - 15	hohe Risiken	3,8	3,1	5,8	4,3	-2,0	-1,2
ab 16	wertberichtigt	3,2	2,3	3,6	2,6	-0,4	-0,3

Als Ansatzmethode zur Ermittlung der regulatorischen Adressenrisiken wird der Kreditrisikostandardansatz (KSA) nach CRR verwendet.

Der Kreditrisikobericht mit seinen Modulen A - F stellt das Kreditportfolio der Sparkasse gemäß der Definition des § 19 Abs. 1 KWG dar. Ziel des Risikoberichts ist die umfangreiche Darstellung des Kreditportfolios hinsichtlich der enthaltenen Adressenrisiken. Die Kriterien zur Darstellung des Portfolios entsprechen den Anforderungen an das Kreditgeschäft im Rahmen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Der Bericht enthält eine umfangreiche Analyse der Limite und Auslastungen sowie eine Darstellung von Kunden- und Produktstrukturen sowie der Entwicklung des Neugeschäfts. Zur Früherkennung von Kreditrisiken wird ein System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert und die nachfolgende Bearbeitung mit der erforderlichen Betreuungsintensität (Intensivbetreuung, Sanierung oder Abwicklung) unterstützt. Sofern im Rahmen der Früherkennung akute Ausfallrisiken erkennbar werden, erfolgt die Ermittlung und laufende Fortschreibung des potentiellen Risikovorsorgebedarfs. Alle erkennbaren Ausfallrisiken werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Jahresabschluss ausreichend abgeschirmt. In Anlehnung an die steuerlich zulässigen Möglichkeiten werden zudem auch Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Der ursprüngliche Planwert für das Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft beinhaltete eine Auflösung von 0,6 Mio. EUR. Im Ergebnis konnte im Geschäftsjahr 2015 eine Nettoauflösung der Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft in Höhe von 0,3 Mio. EUR erfolgen.

Das zum Jahresbeginn 2015 zugeordnete Limit für das unerwartete Adressenrisiko im Kundengeschäft betrug 9 Mio. EUR und wurde zum ersten Quartal auf 8,3 Mio. EUR reduziert; die Auslastung mit Sicht auf den 31. Dezember 2015 bewegte sich zwischen 28,9 % und 85,8 %. Im Berichtsjahr sind keine unerwarteten Risiken schlagend geworden. Das zum Bilanzstichtag 2015 auf Sicht zum Jahresende 2016 zugeordnete Limit in Höhe von 6,1 Mio. EUR reicht mit einer Auslastung von 78,5 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Sämtliche Brancheninanspruchnahmen lagen im Laufe des Geschäftsjahres innerhalb der definierten Branchenlimite.

Es erfolgen regelmäßig Untersuchungen des Kreditportfolios auf Risikokonzentrationen. Diese bestehen zum Jahresende 2015 in einzelnen Engagements, welche in Verbindung mit kommunalen Kreditengagements den festgelegten Schwellenwert „Anteil eines Kunden übersteigt 2 % des gesamten Kundenkreditportfolios“ übersteigen, und auf Portfolioebene bezüglich des Anteils von Grundpfandrechten am Sicherheitenportfolio, welcher mit 86,6 % den Schwellenwert von 30 % übersteigt. Derzeit halten wir keine Maßnahmen hinsichtlich dieser Risikokonzentrationen für erforderlich.

Zur Steuerung der Risiken aus Größenklassenkonzentrationen setzt die Sparkasse auch derivative Finanzinstrumente in Form von Credit Default Swaps ein und tritt dabei als Sicherungsnehmer und als Sicherungsgeber auf. Eine Übersicht der derivativen Finanzinstrumente per Jahresende befindet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Das Bonitätsänderungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung des Kreditnehmers innerhalb der lebenden Risikoklassen ändert. Dies führt zu entsprechenden Wertverlusten. Das Bonitätsänderungsrisiko wird nur in der wertorientierten Risikobetrachtung schlagend.

5.2.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Kontrahentenrisiko besteht darin, dass schwebende Kassa- und/oder derivative Geschäfte nicht zum vereinbarten Kurs abgewickelt werden können bzw. der Kontrahent seinen Verpflichtungen aus Lieferung und Zahlung nicht nachkommt. Bei Kassageschäften wird von einem geringen Risiko ausgegangen. Hingegen können bei derivativen Geschäften (z. B. Swaps) erhebliche Ansprüche gegenüber den Kontrahenten entstehen, die bei einer hohen angenommenen Ausfallwahrscheinlichkeit zu einer wesentlichen Risikoposition führen können. Im Rahmen des Kontrahentenrisikos werden das Wiedereindeckungsrisiko und das Vorleistungsrisiko betrachtet.

Das Emittentenrisiko bezeichnet das Risiko, dass durch den vollständigen oder teilweisen Ausfall (Ausfallrisiko) bzw. durch Verschlechterung der Bonität innerhalb der lebenden Ratingklassen (Bonitätsänderungsrisiko) des Emittenten ein Wertverlust in einem Finanzgeschäft eintritt.

Für Adressenrisiken aus den Eigenanlagen haben wir in Abhängigkeit vom Rating volumenbezogene Einzellimite und interne Kontingente für Emittenten- und Kontrahentenrisiken bzw. Emittentengruppen festgelegt. Hierzu werden nur Geschäfte mit bonitätsmäßig guten Emittenten und Kontrahenten zugelassen. Die Sparkasse investiert die anzulegenden Mittel - zum Zeitpunkt der Anschaffung - im Investmentgradebereich und zur Beimischung auch im Non-Investment bzw. ungerateten Bereich. Diese Regelungen der Überprüfung des Adressenrisikos im Rahmen des Erstvotums basieren neben der Beurteilung der risikobehafteten Emittenten auf der Anwendung von Ratings anerkannter Ratingagenturen. Der Beschluss zur Einräumung eines Emittentenlimits ist mit zwei Voten zu versehen und dem Vorstand zur Bewilligung vorzulegen. Im Rahmen der Risikofrüherkennung informiert der Bereich Abwicklung und Kontrolle den Bereich Handel und den Überwachungsvorstand über Ratingverschlechterungen. Von den direkten Eigenanlagen in Schuldverschreibungen und Publikumsfonds mit Anlageschwerpunkt Renten verfügen zum Bilanzstichtag 2015 nahezu unverändert 92,4 % über ein Rating bzw. gewichtetes Durchschnittsrating im Investment-Grade. Für Zwecke der Limitierung ermitteln und limitieren wir die Emittenten- und Kontrahentenrisiken im Risikofall anhand des Ausfalls der Emittenten mit den schlechtesten Ratings. Neben der wöchentlichen Berichterstattung an den Vorstand über die Einhaltung der Volumengrenzen erfolgen ein umfassendes Reporting und eine weitreichende Simulation von Szenarien.

Das zum Jahresbeginn 2015 zugeordnete Limit für das Adressenrisiko im Eigengeschäft betrug 4,5 Mio. EUR, wurde zum ersten Quartal auf 5,1 Mio. EUR erhöht und zum zweiten Quartal auf 3 Mio. EUR reduziert; die Auslastung mit Sicht auf den 31. Dezember 2015 bewegte sich zwischen 25,4 % und 85,8 %. Im Berichtsjahr sind keine erwarteten und unerwarteten Risiken schlagend geworden. Das zum Bilanzstichtag 2015 auf Sicht zum Jahresende 2016 zugeordnete Limit in Höhe von 1 Mio. EUR weist aufgrund einer Verfahrensumstellung eine Auslastung von 189,2 % aus. Im ersten Quartal 2016 erfolgte eine Limitanpassung auf 2 Mio. EUR mit einer Auslastung von 94,6 %.

5.2.3 Adressenrisiko Beteiligungen

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Beteiligung an Tochterunternehmen und Dritten Verluste entstehen. Die Sparkasse unterscheidet hierbei zwischen strategischen Beteiligungen, funktionsbedingten Beteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Beteiligungen werden entweder direkt durch die Sparkasse gehalten oder im Rahmen von direkten und indirekten Treuhand- bzw. Verwaltungsmodellen durch den Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) betreut.

Im Rahmen der Gesellschafterstellung und/oder der Tätigkeit in den Organen der Gesellschaften stellen der SGVHT, der Treuhänder und die Sparkasse sicher, dass eine frühzeitige Bereitstellung von Informationen über entstehende Risiken und zur Risikoerkennung sowie -bewertung erfolgt, auf deren Basis die Sparkasse direkt Steuerungsmaßnahmen einleiten kann. Der Risikomanagementprozess erfolgt auf Basis der Berichterstattung und ggf. einer Risikobeurteilung durch den Treuhänder oder den SGVHT.

Das zugeordnete Limit für das Adressenrisiko Beteiligungen betrug zum Jahresbeginn 0,7 Mio. EUR und wurde zum zweiten Quartal auf 0,6 Mio. EUR reduziert; die Auslastung bewegte sich zwischen 46,1 % und 84,6 %. Das zum Bilanzstichtag 2015 mit Sicht auf das Jahresende 2016 zugeordnete Limit in Höhe von 0,7 Mio. EUR reicht mit einer Auslastung von 77,9 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Zum Jahresende 2015 bestehen nach den regelmäßigen Untersuchungen des Beteiligungsportfolios Risikokonzentrationen hinsichtlich der Beteiligung am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und unserer Tochtergesellschaft IBV Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG, welche den Schwellenwert von 30 % einer Beteiligung am Beteiligungsportfolio überschreiten. Diese Beteiligungen sind in dieser Höhe bewusst eingegangen worden und beinhalten keine erhöhten Risiken.

5.3 Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken im Sinne der MaRisk unterteilen sich in das Zahlungsfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.), in das Refinanzierungsrisiko und in das Marktliquiditätsrisiko. Für die Sparkasse bleibt aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihrer Refinanzierungsstruktur das Zahlungsfähigkeitsrisiko im Vordergrund der Betrachtung. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann.

Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Verhinderung möglicher Liquiditätsengpässe. Es berücksichtigt die quantitativen Anforderungen der Liquiditätsverordnung und die Zahlungsfähigkeit auf Basis der Liquiditäts-Cash-Flows, die jeweils um weitere qualitative Anforderungen ergänzt werden.

Die Sparkasse betrachtet die Liquiditätsrisiken nach § 11 KWG (LiqV). Im Rahmen des Liquiditätsmanagements erfolgen die Erstellung einer täglichen Liquiditätsübersicht sowie die laufende Messung auf Basis der Kennzahlen gemäß der Liquiditätsverordnung durch die Gruppe Rechnungswesen innerhalb

der Betriebswirtschaftlichen Abteilung. Auf Basis dieser Instrumente wird die Liquiditätsdisposition vorgenommen. Monatlich wird eine Fälligkeitsliste erstellt, die der Liquiditätsplanung dient. Es ist Vorsorge getroffen, unplanmäßige Liquiditätsabflüsse zu decken. Die hierzu erstellte Liquiditätsliste ermöglicht eine schnelle und effiziente Steuerung. Zur Überwachung und Früherkennung von Engpässen wurde ein System von Schwellenwerten beschlossen. Über vierteljährlich durchgeführte Szenarioanalysen, welche Indikatoren für mögliche Liquiditätsengpässe liefern, sind die Liquiditätsrisiken in das Stresstestprogramm der Sparkasse einbezogen.

Bei der Durchführung der Stresstests für Liquiditätsrisiken berücksichtigt die Sparkasse neben der Beurteilung der Zahlungsfähigkeit auch die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit.

Die bankenaufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer nach LiqV lag zum Jahresende mit 5,0 um ein Vielfaches über dem Mindestwert von 1. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin.

Neben den Simulationen der LiqV erstellt die Sparkasse eine cashflowbasierte Liquiditätsbedarfsübersicht, bei der grundsätzlich alle Geschäftsvorfälle, die zukünftig eine Liquiditätswirkung entfalten, einfließen. Der Erwartungswert der Sparkasse wird mit der Liquiditätsbedarfsübersicht gemäß der Planungssicht erstellt. Die weiteren Stresstests (Risikoszenario, aE-Stresstests, inverse Stresstests) werden unter dem Begriff der Zahlungsfähigkeitssicht zusammengefasst. Der Fokus der Zahlungsfähigkeitssicht liegt auf der Bestimmung der Survival Period (Überlebensperiode). Die Survival Period ist die Zeitspanne in Monaten, in der positive Liquiditätsüberhänge in der Sparkasse vorliegen. Die Ergebnisse lagen in allen Szenarien weit über der als Engpass definierten Survival Period von 3 Monaten.

Daneben hat die Sparkasse ein einfaches Verrechnungssystem zur verursachungsgerechten internen Verrechnung der jeweiligen Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken eingerichtet.

Die Reporterstellungen erfolgen monatlich, vierteljährlich bzw. jährlich.

5.4 Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen sowie externer Ereignisse. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich. Zu seinen Aufgaben zählen die Festlegung, regelmäßige Überprüfung und Sicherstellung der notwendigen Rahmenbedingungen zum Umgang mit operationellen Risiken. Die Sparkasse hat diverse Maßnahmen ergriffen, um einen fehlerfreien und reibungslosen Geschäftsablauf sicherzustellen.

Zur Ermittlung der bankaufsichtlichen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken wendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz gemäß CRR an. Für eine umfassende Risikobewertung der operationellen Risiken setzt die Sparkasse für die Ex-post-Betrachtung eine Schadensfalldatenbank sowie zur Ex-ante-Betrachtung eine Risikolandkarte ein. Stresstests für operationelle Risiken werden in der Sparkasse in vier Ausprägungen durchgeführt: Erwartungswert, Risikofall, aE-Stresstest und inverser Stress-test. Zur Quantifizierung der operationellen Risiken wird die Risikolandkarte genutzt. Das Reporting erfolgt vierteljährlich bzw. jährlich.

Das zugeordnete Limit für unerwartete operationelle Risiken betrug zu Beginn des Jahres 2015 1,4 Mio. EUR und wurde zum zweiten Quartal auf 3 Mio. EUR erhöht; die Auslastung bewegte sich zwischen 66,7 % und 85,7 %. Das zum Bilanzstichtag 2015 auf Sicht zum Jahresende 2016 zugeordnete Limit in Höhe von 2,6 Mio. EUR reicht mit einer Auslastung von 76,9 % aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Die betrieblichen Abläufe sind in Anweisungen geregelt und werden durch die interne Revision überwacht. Für die wesentlichen Bereiche der Sparkasse, insbesondere für die Bereiche Eigenhandels-geschäfte und Informationstechnologie, liegen Notfallpläne vor. Berechtigungs-, Kontroll- und Überwachungssysteme gewährleisten den Schutz vertraulicher Informationen vor nicht berechtigten Zugriffen und Änderungen. Technische Sicherheitssysteme der Finanz Informatik wie z.B. ein Firewall-System, Intrusion Detection/Prevention System, Virens Scanner, Sandbox usw. schützen die Sparkasse vor un-berechtigten externen Zugriffen.

6 Gesamtrisikosituation

Unser Haus verfügt gemäß § 25a KWG über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der genannten Risiken. Durch das Risikomanagement und -controlling werden diese Risiken frühzeitig identifiziert, quantifiziert, analysiert und zeitnah überwacht. Die entsprechenden Informationen werden den zuständigen Entscheidungsträgern vollständig und rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Die Risikotragfähigkeit ist entsprechend den Risikotragfähigkeitsanalysen in allen relevanten Szenarien gegeben. Die Auslastung des Risikodeckungspotenzials lag während des gesamten Geschäftsjahres innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Eine Gefährdung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse war nicht erkennbar. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht erkennbar.

D Prognosebericht

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse im nächsten Jahr beziehen, stellen unsere Einschätzung der künftigen Entwicklung aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen dar. Wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse haben, sind derzeit nicht erkennbar. Dennoch unterliegen alle Prognosen einer Unsicherheit, die zu Abweichungen der tatsächlichen Ergebnisse von den geplanten Werten führen können. Die Sparkasse verfügt jedoch über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

1 Gesamtwirtschaftliche und regionale Entwicklung

Nach den volkswirtschaftlichen Prognosen der DekaBank wächst die Weltwirtschaft im Jahr 2016 mit 3 % in der Größenordnung des abgelaufenen Geschäftsjahres. Während sich das Wachstum der Schwellenländer etwas beschleunigt, dürften die Industrieländer insgesamt eine nahezu unveränderte Wachstumsdynamik aufweisen. Das Euroland hat wieder Fahrt aufgenommen und dürfte mit dem Rückenwind aus globalem Wachstum, Euro-Abwertung und Energiepreiserückgängen um 1,6 % wachsen. Die Erholung steht dabei auf einem breiten Fundament. Die sich fortsetzende Erholung in den Peripheriestaaten ist für das Wachstum in Euroland in den kommenden Jahren ein wichtiger positiver Einfluss. Daneben profitiert die Wirtschaft der Währungsunion von einem schwachen Euro-Außenwert, niedrigen Energiepreisen, einer sehr lockeren Geldpolitik und soliden Impulsen durch die Weltwirtschaft. Es bleibt aber bei einem nur moderaten Wachstumsausblick, denn der Schuldenabbau und die Strukturreformen benötigen Zeit. In vielen Euroländern wurden zwar wichtige Strukturreformen angestoßen, aber der Weg ist noch weit.

In Deutschland halten die Sorgen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Unternehmen von größeren Investitionen ab. Die allgemeine Verfassung der Volkswirtschaft, insbesondere des Arbeitsmarktes, ist aber noch gut. Deutschland zählt zu den strukturell gut aufgestellten Volkswirtschaften der Europäischen Währungsunion. Über lange Jahre hinweg haben sich die deutschen Unternehmen wieder fit für den Weltmarkt gemacht: Durch Kostenbewusstsein, innovative Produkte und Neu-

ausrichtung auf die Wachstumsmärkte. Hinzu kamen die Reformen der „Agenda 2010“, die den Arbeitsmarkt in Schwung brachten sowie komfortable Rahmenbedingungen wie die exportstimulierende Abwertung des Euro und kaufkraftfördernde Rohstoffpreistrükgänge. Und auch die Struktur des deutschen Wachstums könnte im neuen Jahr ähnlich zu der des alten ausfallen. Vor allem die Binnennachfrage gilt als robust und sollte das Wachstum 2016 tragen. Von der starken Binnennachfrage stimuliert dürften die Importe allerdings deutlich stärker zulegen als die Exporte, die sich im risikoreicheren weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten müssen.

Bei den Investitionen dürfte sich die Struktur der Zuwächse stärker zu den Bauinvestitionen verlagern. Der Staatskonsum könnte 2016 noch einmal überproportional zulegen, wozu weiterhin auch die Ausgaben für die Flüchtlinge beitragen. Der private Konsum sollte ebenfalls wieder recht kräftig wachsen, da weiterhin eine gute Beschäftigungslage und steigende Einkommen bei niedrigem Preisauftrieb im Raum stehen.

In den USA sind steigende Inflationsraten dank sinkender Arbeitslosigkeit prognostiziert. Hohe Arbeitslosigkeit und Rohstoffpreistrükgänge sorgen für unerwünscht niedrige Inflationsraten von einem halben Prozent in Euroland, in Deutschland dürfte die Preissteigerungsrate unwesentlich darüber liegen.

Die geopolitischen Risiken aus dem Terror und aus den zahlreichen auch militärisch ausgetragenen Konflikten können jederzeit eskalieren. Zudem ist kaum absehbar, wie kontrolliert der Umstrukturierungsprozess des Wachstums in China gelingt und welche Störungen davon erneut ausgehen können. Die weltweite Rohstoffnachfrage ist maßgeblich von China abhängig. Während Importeure und Verbraucher von verbilligtem Öl und Rohstoffen profitieren, bringt dies die Förderländer selbst unter Druck. Daraus entstehende Verspannungen an den Finanzmärkten könnten negativ auf die Weltwirtschaft insgesamt ausstrahlen. Vorerst hat die Fed unter den wichtigsten Zentralbanken mit ihrer Leitzinserhöhung ein Alleinstellungsmerkmal. Hierdurch können sich die Fließrichtungen von internationalen Finanzmarktströmen ändern, was bspw. eine starke Aufwertung des US-Dollars zur Folge haben kann. Jedes dieser Risikofelder hat einzeln schon das Potenzial, die Entwicklung der Weltwirtschaft 2016 erheblich zu stören. Im Zusammenwirken könnten sich schwerer wiegende Rückschläge kumulieren.

Die Verbesserung der strukturellen und konjunkturellen Bedingungen in der Eurozone sollte auch Impulse für die Thüringer Wirtschaft abgeben. Die Nachfrage vor Ort wird durch die weiterhin steigende Beschäftigung und die sinkende Arbeitslosigkeit unterstützt. Allerdings wird die demografische Entwicklung weiterhin von einem Wohnerrückgang geprägt sein, was den Konsum in den eigenen Landesgrenzen zunehmend schwächt.

Im Geschäftsgebiet der Sparkasse erwarten wir ähnliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen wie im gesamtdeutschen und Thüringer Raum. Mit der konjunkturellen Erholung und dem investitionsfreundlichen Klima dürften sich auch regional weiter Chancen auf Unternehmensansiedelungen und Erweiterungsinvestitionen ergeben. Weiterhin ist auch in den nächsten Jahren davon auszugehen, dass der Wohnerrückgang im Landkreis Nordhausen nicht gestoppt werden kann.

2 Entwicklung von Geld- und Kapitalmärkten

Ein Ende der ultra-expansiven Geldpolitik ist in Euroland und Japan weiterhin noch nicht absehbar. Auch die Dynamik der Leitzinserhöhungen der Fed in den USA bleibt moderat und datenabhängig. Die Europäische Zentralbank ist weiterhin entschlossen, die Konjunktur und die Inflation anzukurbeln. Dazu stehen eine Ausweitung des Anleiheankaufprogramms sowie die Senkung des Einlagenzinssatzes auf der Agenda. Infolge des Zinsanstieges in den USA leidet die Attraktivität von Euro-Renten. Internationale Investoren dürften sich aufgrund der Euro-Schwäche zurückhalten. Dadurch rentieren Bundesanleihen bis zum Jahresende 2016 etwas besser, allerdings mindestens bis zu einer Laufzeit von 5 Jahren weiterhin im negativen Bereich.

Staatsanleihen der Peripherieländer dürften durch die Anleihekäufe der EZB weiterhin eine anhaltende Unterstützung erfahren. Weiterhin groß ist die Nachfrage nach Unternehmens- und Bankenanleihen im Euroland einzuschätzen, wie die zahlreichen und dennoch massiv überzeichneten neuen Anleihen in Euroland belegen. Verbesserte Konjunkturaussichten, höhere Gewinne sowie Ausweikkäufe verdrängter Investoren dürften weiterhin für eine hohe Nachfrage nach Unternehmensanleihen sorgen.

Aktien werden sich im Jahr 2016 weiterhin im Spannungsfeld von hoher Bewertung und dem Mangel an Anlagealternativen bewegen. Dabei wird die Schwankungsintensität an den Märkten zunehmen. Letztlich sehen die Aktienmarktprognosen die großen Indizes auf Niveau des Vorjahresendes. Im Vergleich zu anderen Regionen zeigt sich der Aktienmarkt in Deutschland als attraktiv und lenkt weiterhin Anlageströme vor allem in Dividendenpapiere.

3 Entwicklung der Kreissparkasse Nordhausen

Im Hinblick auf die konjunkturellen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen sehen wir die Sparkasse auf der Basis unseres Geschäftsmodells und der strategischen Zielstellung gut aufgestellt. Für das Geschäftsjahr 2016 gehen wir aufgrund der Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung unserer strategischen Ausrichtung von einer Steigerung der Bilanzsumme aus.

Wir sehen eine weiterhin stabile Entwicklung des Kundengeschäftes, die von dem hohen Vertrauen der Menschen in die Sparkassen angesichts der Finanzmarktkrise und einer festen Verankerung im mittelständischen Firmenkundengeschäft profitiert.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Prognosen erwarten wir eine moderat anziehende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die vor allem durch die Nachfrage nach Kreditmitteln für Ausrüstungs- und Erweiterungsinvestitionen getragen wird. Wir gehen davon aus, dass die hohen Tilgungsleistungen kompensiert werden können und der Bestand an Firmenkrediten leicht ansteigt. Sollte die Konjunktur stärker als erwartet anziehen, ergeben sich Chancen, den Bestand auszubauen. Demgegenüber dürfte bei einem Aufflammen diverser politischer oder kriegerischer Krisen die Investitionsneigung aufgrund der herrschenden Verunsicherung zurückgehen, was zu sinkenden Kreditzusagen und rückläufigen Beständen führen könnte. Weiterhin sehen wir die Gefahr der zunehmenden Wettbewerbsverzerrung im Zinskonditionenbereich durch staatliche bzw. bundeslandeigene Kreditinstitute.

Bei den privaten Wohnungsbaufinanzierungen rechnen wir wiederholt mit einem ansteigenden Kreditbestand. Chancen sehen wir sowohl durch eine weitere Belebung der regionalen Neubautätigkeiten als auch durch frühzeitige und aktive Akquirierung von Fremdfinanzierungen mittels Forwardvereinbarungen sowie in verstärkten Aktivitäten in Bezug auf Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen, hier speziell zu den Themen erneuerbare Energien und energetische Gebäudesanierung. Ansteigende Zinsen oder steigende Arbeitslosigkeit könnten die Wohnungsbaunachfrage dämpfen, was zu einem leichten Bestandsrückgang führen würde. Im Segment der Konsumentendarlehen erwarten wir Zuwächse leicht über dem Vorjahresniveau; diese dürften bei starkem Rückgang der Arbeitslosigkeit und hohen Einkommenszuwächsen stärker ausfallen als bei einer Rückkehr der Verunsicherung über die zukünftige europäische Entwicklung und Arbeitsplatzverlustängsten. Eine risikobewusste Kreditpolitik bildet dabei auch in den kommenden Jahren die Basis für die Verwendung unserer bilanziellen Mittel.

Den Bestand an Eigenanlagen wollen wir nahezu unverändert belassen. Fällige Schuldverschreibungen sollen reinvestiert werden. Sollte die Schuldenkrise gepaart mit konjunkturellen Unsicherheiten wieder stärker in den Fokus rücken, würde der Bestand an Schuldverschreibungen durch Verschiebung der Reinvestition von Fälligkeiten weiter reduziert werden. Eine überdurchschnittliche konjunkturelle Belebung, die weitere Beruhigung der Märkte und ein Anziehen der Renditen könnten insgesamt einen Positionsaufbau bei den Eigenanlagen zur Folge haben, der im sowohl im Bestand an Schuldverschreibungen sowie beim Fondsbestand realisiert werden würde.

Die bilanzielle Ersparnisbildung der Kunden dürfte aufgrund des anhaltenden Zinsniveaus nicht am erreichten Wachstum 2015 anknüpfen. Im Jahr 2016 erwarten wir einen leicht höheren Bestand an bilanziellen Einlagen. Wir sehen die Gefahr, dass sich Kreditinstitute mit hohen Risikoprämien am Interbankenmarkt über das Kundengeschäft günstiger, jedoch mit über dem allgemeinen Marktniveau liegenden Kundenkonditionen refinanzieren. Weiterhin könnten die außerbilanziellen Anlageformen bei dem anhaltenden Niedrigzinsniveau noch stärker nachgefragt werden bzw. die Kundeneinlagen vor dem Hintergrund einer negativen Realverzinsung stark abnehmen. Durch eine weitere attraktive Produktgestaltung und eine hohe Beratungsqualität wirken wir hier entgegen.

Der Zinsüberschuss (Saldo der GuV-Positionen 1 bis 3) als bedeutendste Ertragsquelle wird in 2016 aufgrund des im letzten Jahr enthaltenen Ergebniseffekts aus der vorzeitigen Auflösung (Close-out) von Zinsswaps, die den Zinsaufwand erhöhten, sowie des Ausbaus der Kredit- und Kundeneinlagenbestände signifikant ansteigen. In der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise, welche die genannten Sondereffekte unberücksichtigt lässt, ergibt sich für 2016 ein Zinsüberschuss, der unter Berücksichtigung einer Ausschüttung aus dem Spezialfonds geringfügig unter dem Niveau des Jahres 2015 liegt. Risiken sehen wir in der anhaltenden, sich nachhaltig auf den Zinsertrag auswirkenden Niedrigzinsphase sowie durch die Belastung des nicht adäquat sinkenden Zinsaufwandes; dieser müsste aus Kundensicht negative Renditen ausweisen, um die Zinsspanne beibehalten zu können. Weitere Risiken würden sich durch stark sinkende Kredit- und Einlagenbestände - aufgrund großer Verunsicherungen durch neuerliche Krisenherde - und den daraus resultierenden Rückgang des Zinsüberschusses ergeben. Bei einem stärkeren Zinsanstieg bestehen Chancen zur Generierung steigender Zinserträge aus den Eigenanlagen; zudem erhöht sich der Zinsüberschuss bei einem wachsenden Kredit- und Kundeneinlagengeschäft.

Vor dem Hintergrund der geringen Markttrenditen bei festverzinslichen Anlagen erstklassiger Bonitäten rechnen wir im Wertpapiergeschäft mit der DekaBank Deutsche Girozentrale und der S Broker AG & Co. KG mit einem starken Anstieg der Umsätze und der Depotbestände, die bei wesentlicher Verbesserung der konjunkturellen Rahmenbedingungen stärker ansteigen könnten. Gleichwohl bedeutet eine zurückkehrende Verunsicherung an den Börsen, dass sinkende Kurse im Kundengeschäft zu geringeren Transaktionsumsätzen und niedrigeren Depotvolumen führen können. Im Verbund- und Vermittlungsgeschäft wollen wir die Erträge in den nächsten Jahren erheblich ausbauen. Die betriebliche und private Altersvorsorge bildet weiterhin einen Schwerpunkt unserer Beratungstätigkeit in den nächsten Jahren. Ein wichtiges Ertragsfeld sind die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsbereich; hier erwarten wir aufgrund von Preisanpassungen steigende Ergebnisse. Sollten der Einwohnerrückgang und die Wettbewerbssituation ansteigen, könnten diese zu leichten Rückgängen führen; die Marktentwicklungen werden beobachtet. Zunehmen könnten die Erträge bei einem Anstieg der Einwohnerzahlen sowie beim Wegfall von Marktteilnehmern.

Die Forderungen an Kreditinstitute sollen aufgrund der derzeitig negativen Verzinsung in kurz- und mittelfristigen Anlagehorizonten stark abgebaut und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nicht ausgebaut werden. Wenn das Kundenkreditgeschäft stärker als die Kundeneinlagen ansteigt, erfolgt eine Kompensation durch Aufnahme von Bankengeldern.

Der Personalbestand wird nach unserer Erwartung in 2016 durch Ausnutzung natürlicher Fluktuation leicht sinken. Tarifbedingte Gehaltssteigerungen führen trotz verringerten Personalbestands zu steigenden Personalaufwendungen. Bei den Sachaufwendungen erwarten wir deutlich rückläufige Aufwendungen im nächsten Jahr. Allgemeinen Preissteigerungen auf Dienstleistungen stehen rückläufige Investitionstätigkeiten in Geschäftsräume und Ausstattungen entgegen. Erhöhter Personalbedarf, steigende Sozialversicherungskosten und erhöhte Preissteigerungsraten würden die Aufwandspositionen stärker steigen lassen; bei deflationären Erscheinungen sehen wir leicht sinkende Aufwendungen. Durch ein konsequentes Kostenmanagement und Effizienzsteigerungen in den Geschäftsprozessen sehen wir langfristig weiteres Potenzial zu Kostenstabilisierung.

Auf Basis der genannten Entwicklungen erwarten wir für 2016, vor allem bedingt durch die Entwicklung des Zinsüberschusses, ein deutlich ansteigendes Ergebnis vor Bewertung. In der betriebswirtschaftlichen Systematik, die außerordentliche Effekte nicht in das Betriebsergebnis einbezieht, wird mit einem deutlich rückläufigen Betriebsergebnis vor Bewertung gerechnet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunktorentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir rechnen gegenwärtig entgegen dem Vorjahresergebnis mit einem Wertberichtigungsaufwand. Bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten sehen wir nach einem positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft im Berichtsjahr im Jahr 2016 einen nicht unerheblichen Abschreibungsbedarf auf den Wertpapierbestand. Die Bewertungsmaßnahmen insgesamt dürften deshalb gegenüber dem Berichtsjahr wesentlich höher ausfallen. Risiken sehen wir bei einer negativen und positiven Konjunktorentwicklung. Bei einer negativen Entwicklung nehmen die Unternehmensinsolvenzen durch eine verschlechterte Auftragslage zu, was einen erheblichen Anstieg des Bewertungsbedarfs im Kreditgeschäft zur Folge hätte. Die durch die eingetrübten Zukunftserwartungen ausgelösten weiteren Maßnahmen der EZB führen zu steigenden Anleihekursen, so dass mit Zuschreibungsbedarf bei den Eigenanlagen zu rechnen ist. Bei überdurchschnittlich positiver Entwicklung der konjunkturellen Rahmenbedingungen rechnen wir im Kundenkreditgeschäft lediglich mit einer leichten Bildung von Einzelwertberichtigungen; bedingt durch die Entwicklung an den Zinsmärkten ergibt sich aufgrund sinkender Bonitätsspreads und aus dem ansteigenden Renditeniveau ein erheblicher Abschreibungsbedarf im Wertpapierbestand. Hinsichtlich weiterer Risiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht. Erfahrungsgemäß ergeben sich bei der Prognose der Bewertungsergebnisse größere Abweichungen. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen führen jedoch nicht zur Auflösung von Reserven. Ausgehend von den Planungsergebnissen ist eine weitere, wenngleich geringere, Zuführung zu den Vorsorgereserven für die langfristige Unternehmenssicherung möglich.

Für das Jahr 2016 rechnen wir unter Berücksichtigung entsprechender Zuführungen zu den versteuerten Reserven mit einem Jahresergebnis auf Vorjahresniveau. Die Eigenmittel werden sich weiter positiv entwickeln. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung wird sichergestellt, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Unter den im Lagebericht dargestellten Einschätzungen für das Jahr 2016 erwarten wir zufriedenstellende Geschäftsergebnisse, die durch Zuführung zu den Rücklagen die langfristige Unternehmenssicherung unterstützen.

-.-.-.-.-

Bericht des Verwaltungsrates

Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat regelmäßig über die Gesamtlage und Entwicklung der Sparkasse im Jahre 2015. Der Verwaltungsrat hat die ihm nach dem Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Der Vorstand berichtete dem Verwaltungsrat in regelmäßigen Abständen umfassend und zeitnah über die gesamtwirtschaftliche Lage, die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse und über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung für die Sparkasse. Im Rahmen der Risiko-berichterstattung gem. MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) informierte der Vorstand den Verwaltungsrat über die erstellten Risikoberichte.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen in Frankfurt / Main- Erfurt prüfte den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 und erteilte uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht gebilligt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 festgestellt und in Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.496.388,52 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen und 594.000,59 EUR an den Träger auszuschütten.

Nordhausen, im Juli 2016

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Matthias Jendricke
Landrat



Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2015
der Kreissparkasse Nordhausen

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		14.899.802,07		11.637
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		9.476.613,32		4.579
			24.376.415,39	16.216
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		10.828.804,45		1.207
b) andere Forderungen		287,96		20
			10.829.092,41	1.227
4. Forderungen an Kunden			587.654.933,13	544.277
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	279.382.902,31	EUR		(253.360)
Kommunalkredite	35.139.743,79	EUR		(36.186)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	EUR		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00	EUR		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	64.650.919,83	EUR		77.807
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	64.650.919,83	EUR		(77.807)
bb) von anderen Emittenten	118.588.042,92	EUR		102.157
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	111.103.315,29	EUR		(94.791)
			183.238.962,75	179.964
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			183.238.962,75	179.964
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			268.202.213,66	271.504
6.a Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			9.428.163,71	10.552
darunter:				
an Kreditinstituten	24.803,52	EUR		(81)
an Finanzdienstleistungsinstituten	337.012,65	EUR		(337)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			5.825.564,59	5.826
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			675.000,00	1.125
darunter:				
Treuhandkredite	675.000,00	EUR		(1.125)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		111.162,00		38
c) Geschäfts- oder Firmenwerte		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			111.162,00	38
12. Sachanlagen			18.540.840,65	20.722
13. Sonstige Vermögensgegenstände			2.549.423,50	1.965
14. Rechnungsabgrenzungsposten			15.932,74	4
Summe der Aktiva			1.111.447.704,53	1.053.421

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		2.027.220,56		815
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>56.431.075,59</u>		<u>68.850</u>
			<u>58.458.296,15</u>	<u>69.665</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	354.630.167,18			338.411
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>6.877.324,90</u>			<u>6.697</u>
		<u>361.507.492,08</u>		<u>345.107</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	550.717.878,41			500.576
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>6.693.615,18</u>			<u>10.704</u>
		<u>557.411.493,59</u>		<u>511.280</u>
			<u>918.918.985,67</u>	<u>856.388</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.506.273,00		2.506
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			<u>(0)</u>
			<u>2.506.273,900</u>	<u>2.506</u>
			<u>0,00</u>	<u>0</u>
3a. Handelsbestand				
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite	675.000,00 EUR			1.125
				<u>(1.125)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			974.583,95	503
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>115.880,56</u>	<u>193</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.884.528,00		7.908
b) Steuerrückstellungen		<u>181.183,91</u>		<u>959</u>
c) andere Rückstellungen		<u>3.658.131,25</u>		<u>4.295</u>
			<u>12.723.843,16</u>	<u>13.162</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>0</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>0,00</u>	<u>0</u>
10. Genusssrechtskapital			<u>0,00</u>	<u>0</u>
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>48.600.000,00</u>	<u>42.900</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	66.384.452,93			64.921
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		<u>66.384.452,93</u>		<u>64.921</u>
d) Bilanzgewinn		<u>2.090.389,11</u>		<u>2.058</u>
			<u>68.474.842,04</u>	<u>66.978</u>
Summe der Passiva			<u>1.111.447.704,53</u>	<u>1.053.421</u>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>9.791.706,93</u>		<u>12.112</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			<u>9.791.706,93</u>	<u>12.112</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>29.465.814,51</u>		<u>19.640</u>
			<u>29.465.814,51</u>	<u>19.640</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2014 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	21.679.087,04			22.683
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	330,60	EUR		(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	3.899.782,74			5.056
			25.578.869,78	27.739
2. Zinsaufwendungen			8.591.305,36	8.212
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	1.178.622,46	EUR		(767)
			16.987.564,42	19.527
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.435.288,66		2.825
b) Beteiligungen		522.719,27		392
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			4.958.007,93	3.217
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		7.577.173,37		7.181
6. Provisionsaufwendungen		255.002,02		257
			7.322.171,35	6.923
7. Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.788.925,10	1.968
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			32.056.668,80	31.635
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	9.805.908,56			9.795
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.230.127,38			2.357
darunter: für Alters- versorgung	269.762,68	EUR		(558)
			12.036.035,94	12.152
b) andere Verwaltungsaufwendungen			7.473.415,76	5.926
			19.509.451,70	18.078
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.315.227,62	1.829
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.033.635,17	1.362
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			2.128.824,39	19.906
			2.128.824,39	19.906
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00		120
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			68.479,76	0
			68.479,76	120
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			5.700.000,00	23.800
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			4.695.658,46	6.352
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.549.763,08		4.239
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		55.506,27		55
			2.605.269,35	4.294
25. Jahresüberschuss			2.090.389,11	2.058
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			2.090.389,11	2.058
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			2.090.389,11	2.058
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			2.090.389,11	2.058



Anhang

**zum 31. Dezember 2015
der Kreissparkasse Nordhausen**

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Kreissparkasse Nordhausen zum 31. Dezember 2015 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, Reserven i. S. v. § 26a KWG a. F. und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagevermögen, Liquiditätsreserve und gegebenenfalls Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Im gesamten Jahr 2015 waren dem Handelsbestand keine Wertpapiere oder Finanzinstrumente zugeordnet. Unsere strategische Ausrichtung beinhaltet aktuell keine Handelsabsicht mehr. Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Werts** haben wir die festverzinslichen Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Sofern nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Dies war bei dem weit überwiegenden Anteil der festverzinslichen Wertpapiere der Fall.

Für ein Nominalvolumen von 2,5 Mio EUR an festverzinslichen Wertpapieren, für das kein aktiver Markt vorliegt (im Rahmen von Kreditbaskettransaktionen der S-Finanzgruppe erworbene Credit-Linked-Notes), haben wir die Bewertung anhand eines Bewertungsmodells (Discounted-Cashflow-Modell), das von der Bayerischen Landesbank bereitgestellt wurde, vorgenommen. Die Credit-Linked-Notes haben wir in Übereinstimmung mit der IDW-Stellungnahme RS HFA 22 in ihre Bestandteile zerlegt und getrennt bilanziert. Zur Behandlung des getrennten Credit Default Swaps verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Bilanzierung und Bewertung von Kreditderivaten.

Anteile an Investmentvermögen bewerten wir zu den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren von der Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichten investmentrechtlichen Rücknahmepreis oder zum Börsenkurs, sofern ein aktiver Markt vorliegt. Anteile an Investmentkommanditgesellschaften, die wir im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen haben, bewerten wir nach den Grundsätzen für Beteiligungen.

Aufgrund der Änderung der RechKredV durch das so genannte AIFM-Umsetzungsgesetz haben wir im Vorjahr im Aktivposten 7 ausgewiesene Anteile an einer Investmentkommanditgesellschaft, die nicht operativ tätig ist, erstmals im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen.

Zinsswaps, die der Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos dienen, werden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs gemäß der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 einbezogen. **Kreditderivate** werden entsprechend den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 bilanziert und bewertet. Dabei werden Kreditderivate, die nach der genannten Stellungnahme als „**erhaltene Kreditsicherheiten**“ einzustufen sind, nicht eigenständig bilanziert, sondern bei der Bewertung der besicherten Forderung, d. h. bei der Ermittlung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, berücksichtigt.

Kreditderivate, die mit keinem anderen Geschäft der Sparkasse in Verbindung stehen („freistehende Kreditderivate“) und bei denen wir als Sicherungsgeber auftreten, haben wir ausschließlich in Bezug auf Adressenausfallrisiken abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, diese Kreditderivate bis zur Endfälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten. Sie werden entsprechend den Grundsätzen für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft behandelt und als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Wird am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des vereinbarten Kreditereignisses gerechnet, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die ausgewiesene Eventualverbindlichkeit wird um den Betrag der gebildeten Rückstellung gekürzt.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei nachträglichen Herstellungskosten für den eigen- und fremdgewerblich genutzten Teil des Hauptstellengebäudes werden die in Vorjahren gemäß § 7 Abs. 4 Satz 2 EStG i. V. m. dem BFH-Urteil vom 25. November 1970, IR 165/67, BStBl 1971 II S. 142 festgelegten Abschreibungsätze entsprechend Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden aus Vereinfachungsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen im Jahr der Anschaffung sofort als Aufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB** vorgenommen. Dies gilt auch für unter den **Sonstigen Vermögensgegenständen** ausgewiesene, zur Rettung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude.

Aufgrund **steuerrechtlicher Abschreibungen** auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um etwa 10 % über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste ausreichend berücksichtigt. Dabei haben wir Einschätzungen vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Dabei wurde in Einzelfällen auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Soweit erforderlich haben wir künftige Preis- und Kostensteigerungen sowie bei Abzinsung der Rückstellungen die Zinssätze entsprechend den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt. Rückstellungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von genau einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Rückstellungen für Verpflichtungen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Für Veränderungen des Verpflichtungsumfangs wird die Annahme getroffen, dass diese zum Periodenende eingetreten sind. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit sind einheitlich im Aufzinsungsergebnis enthalten und werden demzufolge in dem GuV-Posten „Zinsaufwendungen“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 3,88 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir die von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssätze verwendet. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,3 % p. a. berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 1,7 % p. a.

Die Bewertung der **Rückstellungen für Passivprodukte**, z. B. aufgrund von während der Vertragslaufzeit steigenden Prämienansprüchen bei Ratensparverträgen, erfolgte im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 erstmals auf der Basis einer effektivzinskonstanten Verteilung der Aufwendungen. Durch diese Änderung der Bewertungsmethode wird ein verbesserter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse gegeben. Im Vergleich mit der bisherigen Bewertungsmethode haben sich die Rückstellungen um 25 TEUR erhöht. Der Zinsüberschuss hat sich in entsprechendem Umfang vermindert.

Im Rahmen der **verlustfreien Bewertung des Bankbuchs** haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die IDW-Stellungnahme RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte „**Negativzinsen**“) werden im GuV-Posten 1 ausgewiesen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 ausgewiesen.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

FRISTENGLIEDERUNG*

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR					
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	----	----	----	----	----	----
4. Forderungen an Kunden	13.998	39.829	200.716	302.068	30.303	----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	----	----	----	----	----	43.039
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.215	3.464	18.212	33.427	----	----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	133	6.464	247	33	----	----
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	770	1.654	2.742	1.528	----	----
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	----	----	----	----	----	----

* Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

**BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE UNTERNEHMEN,
MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT**

In den folgenden Posten sind Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundene(n) Unternehmen sowie an/gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Bilanzposten	Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundene(n) Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR			
Aktivposten				
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	57	70
Forderungen an Kunden	764	847	19.857	19.101
Insgesamt	764	847	19.914	19.171
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.186	1.027	-	-
Insgesamt	1.186	1.027	-	-

FORDERUNGEN AN DIE BZW. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DER EIGENE(N) GIROZENTRALE

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	
Forderungen an Kreditinstitute	10.533	944
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	55.829	57.944
Treuhandverbindlichkeiten	675	1.125

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE

	insgesamt	davon		darunter: nicht mit dem Niederstwert bewertet
		börsen- notiert	nicht börsen- notiert	
	TEUR			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	183.239	180.737	2.502	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	266.327	55.456	210.871	-

ANTEILSBESITZ

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen und den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

a) Verbundene Unternehmen

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%		
Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	39	0
Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG; Nordhausen, Kornmarkt 9	100	1.713	171

Nach den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2015 betragen bei der Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Nordhausen GmbH die Bilanzsumme 43 TEUR bzw. die Umsatzerlöse 13 TEUR und der Jahresüberschuss 179 EUR sowie bei der Immobilien Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft der Kreissparkasse Nordhausen GmbH & Co. KG die Bilanzsumme 2.745 TEUR und die Umsatzerlöse 625 TEUR und der Jahresüberschuss 171 TEUR. Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines Konzernabschlusses unterbleiben konnte.

b) Sonstiger Anteilsbesitz von 20 % oder mehr

Name, Sitz	Kapital- anteil	Eigenkapital	Ergebnis
	%		
Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapital-einlagenverwaltungsgesellschaft mbH; Battenberg	25	26	1

Bei dem ausgewiesenen Jahresergebnis handelt es sich um das Ergebnis des Jahres 2015.

TREUHANDGESCHÄFTE

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden. Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

a) Finanzanlagen

	Anschaffungs- kosten 1.1.2015	Veränderun- gen des Geschäftsjahrs	Buchwert inkl. abge- grenzter Zinsen	
			31.12.2015	31.12.2014
TEUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.783	-4.958	16.364	21.322
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.740	+1.091	1.875	784
Beteiligungen	12.780	-1.094	9.428	10.522
Anteile an verbundenen Unternehmen	5.826	-	5.826	5.826

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

b) Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte

	Grundstücke, grund- stücksgleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	Immaterielle Anlage- werte
	TEUR		
Anschaffungskosten am 1.1.2015	45.186	9.769	468
Zugänge	832	305	125
Abgänge	-	1.118	-
Umbuchungen	-	-	-
Zuschreibungen	-	-	-
kumulierte Abschreibungen	29.931	6.502	482
Buchwert am 31.12.2015	16.087	2.454	111
Buchwert am 31.12.2014	18.050	2.672	38
Abschreibungen des Geschäftsjahrs	2.795	468	52

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres beinhalten auch die Abschreibungen, die auf im Berichtsjahr abgegangene Vermögensgegenstände entfallen.

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit Buchwerten von 5,5 Mio. EUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke.

ANGABEN ZU ANTEILEN AN INVESTMENTVERMÖGEN

Zu Anteilen an Sondervermögen i. S. d. § 1 Abs. 10 KAGB, an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2015 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
			TEUR
Rentenfonds			
HI-Renten Euro Long/Short Fonds	11.015	-	108
Deka iBoxx EUR Liquid Sovereign Diversified 1-3	14.665	-	248
Deka iBoxx EUR Liquid Sovereign Diversified 3-5	14.810	-	245
Wertpapierspezialfonds mit Anlage-schwerpunkt Renten			
A-Nordhausen 2-Fonds	177.762	8.159	2.332

Das dargestellte Investmentvermögen unterliegt zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten (§ 250 Abs. 3 HGB)	1	1
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	83	125

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.183	5.183

ANGABEN ZUR VERRECHNUNG GEMÄß § 246 ABS. 2 HGB

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in folgendem Umfang miteinander verrechnet:

Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	beizulegender Zeitwert zum 31.12.2015 der verrechneten Vermögensgegenstände	Erfüllungsbetrag der Schulden	verrechnete Aufwendungen und Erträge
TEUR			
190	281	281	23

Bei den verrechneten Vermögensgegenständen handelt es sich in Höhe von 276 TEUR um Wertpapiere und in Höhe von 5 TEUR um Ansprüche aus einer Rückdeckungsversicherung, die, sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde, im Bilanzposten Aktiva 6 bzw. 13 auszuweisen wären.

Bei den verrechneten Schulden handelt es sich in Höhe von 281 TEUR um Rückstellungen für Pensionszusagen, die, sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde, im Bilanzposten Passiva 7a auszuweisen wären.

Sofern für die ausgewiesenen Vermögensgegenstände nach unserer Einschätzung ein aktiver Markt vorliegt, basieren die beizulegenden Zeitwerte auf Börsen- oder sonstigen Marktpreisen.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Ausschließlich für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Weiterleitungsmitteln waren zum 31. Dezember 2015 im Rahmen zentraler Kreditaktionen Forderungen mit Buchwerten von 55.235 TEUR (Vorjahr 51.496 TEUR) als Sicherheit übertragen.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

In den Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sowie „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelposten enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

ZINSERTRÄGE

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte „Negativzinsen“) sind in Höhe von 55,42 EUR in den Zinserträgen enthalten.

ZINSAUFWENDUNGEN

Für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangene Negativzinsen sind in Höhe von 3.395,56 EUR in den Zinsaufwendungen enthalten.

In den Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 3.360 TEUR (Vorjahr: 883 TEUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

PROVISIONSERTRÄGE

Die Provisionserträge resultieren im Wesentlichen aus dem Giroverkehr sowie aus der Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (im Wesentlichen Versicherungen, Bausparverträge und Wertpapiergeschäft).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Grundstückserträgen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 1.492 TEUR (Vorjahr: 1.489 TEUR) und der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 508 TEUR (Vorjahr: 164 TEUR).

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Aufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude(teile) in Höhe von 608 TEUR (Vorjahr: 636 TEUR).

PERIODENFREMDE ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN

Die unter den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ dargestellten Auflösungen von Rückstellungen stellen zugleich periodenfremde Erträge dar.

E. SONSTIGE ANGABEN

ANGABE ZU TERMINGESCHÄFTEN GEMÄß § 36 RECHKREDV

	Nominalbeträge der Termingeschäfte in TEUR			
	nach Restlaufzeiten			insgesamt
	bis 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsrisiken				
Zinsswaps	-	-	60.000	60.000
insgesamt	-	-	60.000	60.000
darunter Handelsgeschäfte	-	-	-	-
darunter Deckungsgeschäfte	-	-	-	-
Kreditderivate*				
Credit Default Swaps				
- Sicherungsnehmer	-	2.500	-	2.500
insgesamt	-	2.500	-	2.500
darunter Handelsgeschäfte	-	-	-	-
darunter Deckungsgeschäfte	-	-	-	-

* Gemäß der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 erfolgt die Darstellung ohne Kreditderivate, die als gestellte Kreditsicherheiten eingestuft wurden.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegender Zeitwert zum 31.12.2015	
	31.12.2015	31.12.2014	positiv	negativ
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps	60.000	30.000	1.388	-
Zinsrisiken insgesamt	60.000	30.000	1.388	
Adressenrisiken				
Credit Default Swaps (Sicherungsnehmer)	2.500	2.000	-	7
Credit Default Swaps (Sicherungsgeber)	2.500	2.242	5	-
Adressenrisiken gesamt	5.000	4.242	5	7
Insgesamt	65.000	34.242	1.393	7

Die angegebenen Zinsderivate bestehen ausschließlich zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs; wir verweisen auf die Ausführungen in Abschnitt „A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Die Ermittlung des beizulegenden Wertes der Zinsswaps haben wir mittels Barwertmodell mit Hilfe der Anwendung SimCorp Dimension durchgeführt und dabei die erwarteten zukünftigen Cashflows sowie Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, als Bewertungsparameter verwendet.

Die beizulegenden Zeitwerte der Credit Default Swaps haben wir mit Hilfe eines anerkannten Bewertungsmodells (BayernLB-Tool) ermittelt, dem als wesentliche Parameter die Ratings der Kreditnehmer zugrunde liegen.

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach. In Höhe der Differenz zwischen der Hafteinlage von 2.333 TEUR und der Pflichteinlage besteht eine Haftung der Sparkasse für die Verpflichtungen der Gesellschaft.

Die Sparkasse ist dem **bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Bedarfsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt damit über ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses System vereint zwei Funktionen in sich.

Neu aufgenommen wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalles durch die BaFin entschädigt werden.

Daneben besteht die für die Institute im Vordergrund stehende Institutssicherungsfunktion fort. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedsparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich die bankaufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenmittel errechnen) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

ANGABEN ZU MITTELBAREN PENSIONSVERPFLICHTUNGEN GEMÄß ART. 28 EGHGB

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen Zusatzversorgungskasse (ZVK), deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist der Kommunale Versorgungsverband Thüringen in Artern, der das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Es wird eine Erwerbsminderungs- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenrente gewährt. Die Höhe der Versorgungszusage beruht auf dem Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells; sie ist insbesondere abhängig von der Dauer der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt des Arbeitnehmers. Ein Anspruch auf die Betriebsrente besteht nach einer Mindestzugehörigkeit zum öffentlichen Dienst von fünf Jahren. Der Umlagesatz betrug im Jahr 2015 1,1 % der umlagepflichtigen Gehälter von 9,3 Mio. EUR und wurde vollständig von der Sparkasse als Arbeitgeber getragen; er enthält kein Sanierungsgeld. Außerdem wird zum Aufbau eines Kapitalstocks ein Zusatzbetrag von derzeit 4 % erhoben, der jeweils hälftig von der Sparkasse als Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer getragen wird. Eine Änderung des Zusatzbeitrags ist derzeit nicht absehbar. Eine Aufteilung der Versorgungsverpflichtungen auf anspruchsberechtigte Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und Rentenbezieher ist anhand der uns vorliegenden Daten der ZVK nicht möglich. Der Betrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen i. S. v. Art. 28 Abs. 2 EGHGB kann von der Sparkasse nicht zuverlässig quantifiziert werden, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich im Geschäftsjahr 2015 auf 521 TEUR. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2015 38 TEUR. Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 393 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen haben wir insgesamt 5.907 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Der Gesamtbetrag der an Vorstandsmitglieder gewährten Kredite beträgt 384 TEUR. An Mitglieder des Verwaltungsrats wurden Kredite von 2.218 TEUR gewährt.

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	121
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	12
Insgesamt	133

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERN NACH § 285 SATZ 1 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen von 1,2 Mio. EUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Für den Überhang aktiver latenter Steuern wurde das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren zu 55 % aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den Beteiligungen und zu 45 % aus unterschiedlichen Wertansätzen bei den sonstigen Wertpapieren. Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB und Reserven nach § 26a KWG a. F. entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Wertpapieren und Beteiligungen (56 %) und bei den Rückstellungen (41 %). Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 29,8 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2015	2014
Vollzeitkräfte	124	132
Teilzeit- und Ultimokräfte	97	93
	221	225
Auszubildende	12	14
Insgesamt	233	239

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Matthias Jendricke - ab 18.05.2015
Landrat des Landkreises Nordhausen

Stellvertretende Vorsitzende

Egon Primas
Mitglied des Thüringer Landtages
Klaus Hummitzsch
Bürgermeister a.D. der Einheitsgemeinde Werther

Mitglieder

Ronald Heinemann
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Malerei- und Einzelhandelsunternehmens

Bianca Hillebrecht
Sparkassenangestellte; Leiterin Sparkassenfiliale Grimmelallee

Jutta Krauth - bis 17.05.2015
Erste Beigeordnete des Landkreises Nordhausen

Matthias Marquardt
Sparkassenangestellter; Kundenberater Sparkassenfiliale Ellrich

Ute Müller
Sparkassenangestellte; Leiterin Sparkassenfiliale Kornmarkt

Niels Neu
Geschäftsführer bzw. Inhaber einer Wirtschaftsberatungs- und Immobiliengesellschaft sowie eines Tiefbauunternehmens

Reiner Pommer
Geschäftsführer bzw. Inhaber eines Unternehmens zur Elektrizitätserzeugung

Barbara Rinke
Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Nordhausen

Vorstand

Vorsitzender

Wolfgang Asche

Mitglieder

Thomas Seeber

Nordhausen, 27.04.2016

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche

Seeber

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS GEMÄß § 26A ABS. 1 SATZ 2 KWG - „LÄNDERSPEZIFISCHE BERICHT-ERSTATTUNG“

Die Kreissparkasse Nordhausen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Kreissparkasse Nordhausen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Kreissparkasse Nordhausen definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 32.057 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 212.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 4.640 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 2.550 TEUR ergibt sich ein Nettogewinn von 2.090 TEUR. Die Steuern betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die Kreissparkasse Nordhausen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Nordhausen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Kreissparkasse Nordhausen. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kreissparkasse Nordhausen sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kreissparkasse Nordhausen. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kreissparkasse Nordhausen und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Erfurt, den 17. Mai 2016

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Witt
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Nordhausen hat den Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2015 am 8. Juli 2016 festgestellt.

Kreissparkasse Nordhausen
Der Vorstand

Asche Seeber

